

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 40692, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgearbeitet werden.

Nr. 21.

Sonntag, den 25. Januar 1908.

15. Jahrg.

Hierzu 1 Beilage u. „Die Neue Welt“.

## Sia-Popeia.

Was man uns auch nachsagen mag: das wird man uns jedenfalls nicht vorwerfen können, daß wir den Heldeumut des Freisinnigen, seine politische Überzeugungstreue und Konsequenz niemals überschätzt hätten. Aber wir müssen denn doch gestehen: ein so klägliches Sia-Popeia, wie es am Mittwoch von den freisinnigen Rednern ohne Unterschied der Fraktion angesetzt wurde, hätten wir nicht für möglich gehalten! Daß die Kopich, Wiemer, Fischbeck und ihresgleichen nicht den Mut finden würden, ein kräftiges Wort gegenüber dem ungeheuerlichen Straßenterrorismus der Machthaber zu riskieren, stand ja für uns fest. Daß aber auch innerhalb der freisinnigen Vereinigung und der Süddeutschen Volkspartei jeder Rest von bürgerlichem Gewissen so sehr verkommen ist, daß die Herren Schrader und Bayer kein Wort des Protestes gegen die Niedertracht friedlicher Straßendemonstranten finden, ja, daß sie sich auf die Seite der Krath und Konforten stellen würden, hätten wir denn doch nicht erwartet! So viel wir auch vom Freisinn gewohnt sind, ein solches Maß liberaler Selbsterkenntnis hätten wir der freisinnigen Vereinigung und der Süddeutschen Volkspartei nicht zugezählt.

Wenn jetzt die freisinnige Presse den „Kampf“ für das Wahlrecht ankündigt — den „Kampf“, der bis jetzt nur in den würdelosesten Handlangerdiensten für die Reaktion, für das Schindeln unter die Peitsche der den Kanzler kommandierenden Agrarier bestanden hat — so ist das eine lächerliche Komödie, von deren Abgeschmacktheit auch die Herren Schrader und Bayer überzeugt sein dürften. Die Mehrheit des Freisinnigen hat bis jetzt nicht den mindesten Kampf geführt und wird auch keinen Kampf führen, wenigstens keinen Kampf für das Wahlrecht. Denn daß sie sich emsig rühren wird, um durch Täuschung der Wähler bei den preussischen Landtagswahlen möglichst gut abzuschneiden, ist ja eine ganz andere Sache. Den Kampf für das Wahlrecht hat die Sozialdemokratie geführt! Seit Jahren! Durch gewaltige Versammlungsdemonstrationen im ganzen Lande, durch Verbreitung von Massenflugblättern über das ganze Land, im Parlament, in der Presse, kurz: durch alle Mittel, die denkbar waren. Und was hat dieser Kampf genützt? Bülow's Rede am 9. Januar hat es ja bewiesen. War es da nicht selbstverständlich, notwendig, ein konsequentes Ergebnis der politischen Lage, daß die Sozialdemokratie zum Mittel der Straßendemonstration griff? Und da wagt es kein einziger Freisinniger, diese Straßendemonstration zu verteidigen? Da wagt es kein einziger Freisinniger, die ungeheuerlichen Attacken auf friedliche Demonstranten mit gebührender Schärfe zu tadeln? Wie gesagt: Eine solche Entwürdigung des ganzen Freisinnigen hätten wir doch nicht für möglich gehalten.

Einzig Herr v. Gerlach schrieb kürzlich in seiner „Hessischen Landeszeitung“:

„Das Volk ging auf die Straße, um schweigend durch sein bloßes Erscheinen zu protestieren gegen die Mißhandlung durch die Regierung. Die Polizei wurde losgelassen auf die, wenn auch empörte, so doch friedliche Menge. Blut wurde vergossen. Und da setzten sich die freisinnigen Zeitartikler zu Duzenden hin und enthielten sich über die Demonstrationen. Ja, zum Teufel, soll unser Volk sich denn in Hundesmut alles gefallen lassen? Gott sei Dank, daß nicht kaltes Fischblut durch seine Adern kriescht, daß Millionen von Männern und Frauen die Herzen beben und die Schläfen hämmern, wenn man die Rechte des Volkes mit Füßen tritt. Wer zweifeln möchte man an unseren Arbeitern, wenn sie ruhig in ihren Wohnungen geblieben oder zum gemütlichen Schoppen gegangen wären, nachdem ihnen Bülow den Fehdehandschuh hingeworfen hat. Dann könnten die Reaktionen mit Recht höhnen, daß das Volk ja augenscheinlich selber am Wahlrecht gar nicht interessiert sei.“

Die „Freisinnige Zeitung“ freilich entrüstet sich darüber, daß so etwas ein Mann, der einmal Reichstagskorporant der Freisinnigen Vereinigung war, schreiben könne. Da wollen wir der „Freisinnigen Zeitung“ verzeihen, was seinerzeit ein Parlamentarier, der noch heute Korporant der Freisinnigen Vereinigung ist, über die Hamburger Demonstration geschrieben hat, über eine Demonstration, bei der es tatsächlich zu Ausschreitungen eines Sanhagels gekommen ist. Der betreffende Parlamentarier schrieb damals:

„Die Hamburger Arbeiterschaft hat mit dem Brechergesindel in der Niederen Straken- gegend so wenig etwas gemein, wie die Väter des unheilvollen Gelegenturfes. Wenn man schon einmal von Schuld reden will, so könnte man mit größerem Rechte argumentieren: „Ihr, die ihr die Wahlrechts- vorlage eingebracht, die ihr dadurch Erbitterung und Unfrieden hervorgerufen, ihr, die ihr während eurer gegenwärtigen Macht, versucht, die Verfassung zu ändern, ihr seid die wahren Schuldigen. Wer Wind sät, wird Sturm ernten.“ Nun hat der Hamburger Arbeiter würdig und friedlich demonstriert. Hätte er es nicht getan, er wäre wert, seine Rechte zu verlieren. Merkt's euch! Der Arbeiter ist kein Spielzeug.“

Was den Hamburger Arbeitern recht ist, sollte doch wohl den preussischen Arbeitern gegenüber dem 60-jährigen schmachvollen Unrecht der Dreiklassenwahl billig sein!

Und wer hat das geschrieben? Nicht etwa Herr v. Gerlach, oder Herr Dr. Barth, sondern Herr Dr. Siegfried Heckcher, der „Blockjüngling“! Heute freilich würde Herr Dr. Heckcher etwas Derartiges nicht mehr schreiben. Mit seinem Freisinn ist es ebenso rapid zu Ende gegangen, wie mit dem Freisinn des Freisinnigen überhaupt!

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

#### Zur Reichstags-

bewiesen am Freitag die Agrarier, daß sie süße Gemütsmenschen sind, wenn sie nicht selbst die Kosten zu tragen haben. Weil nun einmal nicht jedermann sein Huhn im Topfe haben kann, so soll wenigstens jeder Reichsbürger seinen Kaffee oder seine Zichorienbrühe sich billig verküpfen können. Die Zuckersteuer soll herabgesetzt und der Ausfall durch eine Anleihe, will sagen, auf Kosten der Steuerzahler gedeckt werden. Die Herren Agrarier verschiedener politischer Färbung laten sogar so, als ob sie von der Annahme dieses Antrags Schmerin-Löwigs ihre Zustimmung zur Verlängerung der Brüsseler Zuckerkonvention abhängig machen wollen. Der Antrag war von der ganzen Rechten, den meisten Zentrümern, den Polen und den Nationalliberalen unterzeichnet, einträchtig standen in der langen Liste der Unterfertiger Brejski neben Brockhausen, Korfanty neben Kolbe, Polen neben Polenschnoren. Das vereinigte Agrarierturn will unter allen Umständen den Zuckerkonsum steigern, um die Einnahmen der Zuckerplantagenbesitzer zu erhöhen; nebenbei soll, wie Paasche ohne Ordensband etwas unvorsichtig eingestand, die Herabsetzung der Zuckersteuer als eine Art Verlüftung für bald erfolgende neue direkte Steuern dienen. Genosse Dr. Südekum deckte das Spiel auf und schilderte mit gutem Humor den Unverstand der Agrarierpolitik, die auf der einen Seite durch exorbitante Zollerhöhungen die Konsumkraft schwächt und auf der anderen Seite in einem bestimmten Falle durch künstliche Mittel sie zu erhöhen sucht. Volksparteier Ordensritter Wiemer benutzte die Gelegenheit zu einer pathetischen Phrasenrede. Die Weine beim Reichskanzlerdiner und der bunte Vogel im Knopsloch scheinen auf Kehle und Lungenflügel des freisinnigen Gemeinplätzlings außerordentlich günstig eingewirkt zu haben. Die gleichgültigsten und prosaischesten Dinge trägt dieser Nachschreiber in dem unerträglich schlechten Pathos freisinniger Bezirksvereinsredner vor, in jenem Pathos, das sich darstellt als eine Mischung des falschen Deklamationsstübes untergeordneter Schmierenschauspieler und der salbungsvollen Leichenrede rückständiger Landpastoren. — Die Vorlage wanderte an eine Kommission von 28 Mitgliedern. Die nächste Sitzung findet erst am Mittwoch statt, mit der Tagesordnung: Flottengesetz und Marineetat.

#### Schwierige Probleme.

In der nationalliberalen „Magdeb. Ztg.“ wird wieder einmal die Verschiebung der ganzen „Reichsfinanzreform“ auf die nächste Session in Aussicht gestellt, weil man noch immer nicht weiß, wie man sich verständigend soll. Man fasse, heißt es da, zwar ebenso im Reichstags wie im preussischen Landtage die finanzpolitische Situation sehr kritisch auf. Selbst wenn es Herrn v. Stengel gelingen sollte, die Spiritusbesteuerung in einer diskutablen Form an den Reichstag zu bringen, und selbst wenn man sich zu einem weiteren Ausbau der Erbschaftsteuer im Bundesrate entschließen könnte, wäre eine wirklich durchgreifende und für einige Zeit vorhaltende Lösung der Steuerfrage noch nicht erreicht. Den Angelpunkt der Situation bilde die sogenannte Veredelung der Matrikularbeiträge, und wenn der Schatzsekretär nicht in stände

sei, hierfür dem Reichstags die Bereitwilligkeit der Bundesstaaten in Aussicht zu stellen, so werde es für diesmal mit der Finanzreform und wohl zugleich mit der „Ira Stengel“ zu Ende sein. Jedenfalls aber könne die Verständigung hierüber nicht von heute auf morgen erzielt werden, sobald man ernstlich dem Gedanken der Verchiebung der Finanzreform auf die nächste Session näher treten müsse.

Das Steuerproblem berührt eine der Existenzfragen der Blockherrlichkeit. Es ist kein Wunder, daß gerade ein nationalliberales Blatt den dringlichen Wunsch zum Ausdruck bringt, durch eine Vertagung kritischer Fragen die Lebensdauer des Blockwechselbalges künstlich zu verlängern.

Eine Karlsruhe offiziöse Korrespondenz äußert sich über die Stellung der badischen Regierung zur Reichsfinanzreform. Die Notlage des Reichs verschlimmere sich von Jahr zu Jahr. Das Reichsdefizit von 170 Millionen betrage für Baden allein 24 Millionen Mark. Die Stundung der Matrikularbeiträge sei ungeheure Finanzwirtschaft, ebenso wie die Gepflogenheit des Reiches, Schatzanweisungen auszugeben, wodurch der hohe Reichsbankdiskont mitverschuldet sei. Die Einzelstaaten, die zur Aufbesserung ihrer Beamten neue Steuern einführen müßten, hätten infolge des ungelunden Finanzsystems mittelbar auch die Aufbesserung der Reichsbeamten mitzutragen. Die Finanzminister der Bundesstaaten seien einig darüber, daß die Finanznot in genügender Weise durch Erhöhung der Tabakbesteuerung und Erhöhung der Branntweinsteuer behoben werden könne. Die Befürchtungen der Tabakindustrie seien „gegenstandslos“. Die offiziöse Auslassung enthält bezeichnenderweise nichts über den Ausbau der Erbschaftsteuer, obwohl eine Meldung, Baden sei für die Erweiterung der Erbschaftsteuer, vor kurzem von der gleichen offiziellen Korrespondenz bestätigt worden ist. Das läßt darauf schließen, daß für dieses Projekt im Bundesrat nur eine kleine Minorität zu haben ist.

#### Der Siegeszug der Wertzuwachssteuer.

Das Ortsstatut der Stadt Göttingen zur Einführung der Wertzuwachssteuer ist von der Regierung genehmigt worden.

#### Polizisten als Bauarbeiter.

Ein höchst seltsames Vorkommnis wird dem „Borw.“ gemeldet: Am 21. Januar, am Tage der Polizeiatacken auf die Arbeitslosen, wurde um 12 Uhr mittags in dem bekannten Geschäft von Rudolph Herzog angefragt, ob in dessen Räumlichkeiten 40-50 Schutzleute untergebracht werden könnten. Die Antwort war bejahend. Darauf erschienen gegen 2 Uhr die Schutzleute, bei denen sich auch eine Anzahl von Leuten befand, die infolge ihrer Kleidung — weiße Hosen, Arbeitsjacke, Mütze, Halstücher — den Eindruck von Bauarbeitern machten. Diese „Bauarbeiter“, die man aber für maskierte Schutzleute hielt, verließen später wieder das Geschäft...

Nach dem, was Genosse Fischer im Reichstags über das Treiben von Kriminalbeamten im Zuge der Demonstranten berichten konnte, ist es keineswegs ausgeschlossen, daß diese „Bauarbeiter“ dazu bestimmt waren, als sagen wir einmal Statisten bei den erwarteten Demonstrationen am 21. Januar mitzuwirken.

Vielleicht gibt die Polizeibehörde bekannt, was diese „Bauarbeiter“ nach dem Verlassen des Herzogischen Hauses getrieben haben!

#### Am einem Königsword darf nicht gedreht und gedentelt werden.

Ganz zeitgemäß veröffentlicht die „Köln. Volksztg.“ eine Reminiscenz, indem sie den Aufruf des Posen Oberpräsidenten vom Anfang Februar 1867 wieder zur Kenntnis bringt, der die Wähler polnischer Nationalität bestimmen sollte, sich für die Aufnahme des Großherzogtums Posen in den Norddeutschen Bund zu erklären. Durch die Verträge von 1815 hatten die Polen bis 1866 ein international verbürgtes Anrecht auf die Wahrung ihrer staatlichen Sonderstellung in Preußen. Die Verträge von 1815 waren aber durch die Napoleonisch-Bismarckische Nationalitätspolitik der Jahre 1859-1866 zerrissen worden. Neue Rechtsgrundlagen wurden für den Bestand der europäischen Staaten geschaffen, als wichtigste davon die Norddeutsche Bundesverfassung, die wenige Jahre später die Verfassung des Deutschen Reiches zu werden bestimmt war. Sie sollte dem konstituierenden Reichstag des Jahres 1867 zur Beratung vorgelegt werden. Um die Wahlen zu diesem handeltes es sich.

Es war natürlich, daß die preussischen Polen für ihre Zukunft im Staate fürchteten, wenn sie in den auf national

deutscher Grundlage errichteten Bund und in das Reich aufgenommen wurden.

Der Aufruf des Oberpräsidenten erschien in polnischer wie deutscher Sprache. Er wies darauf hin, daß der Bund zum Schutz gegen äußere Feinde und zur gemeinsamen Pflege der Wohlfahrt im Innern begründet worden sei. Nach dem Willen des Königs solle das Großherzogtum Polen ihm ebenso wie die übrigen Provinzen des preussischen Staates angehören.

Wie dieses offizielle Versprechen gehalten wurde, das lernte man am Schulkamp kennen und jetzt an der Entgegnungsvorlage. Ein Beispiel — brossischer Treue und Wahrhaftigkeit.

Reichstagswahlwahl in Plesch-Mybnik.

Das endgültige Resultat der Reichstagswahlwahl ist folgendes: Erbprinz von Ratibor (Reichspartei) erhielt 5226. Warrer Baidel (Chr.) 3011, Warrer Waida (Polen) 14795 und Dahulich (Soz.) 321 Stimmen. Waida ist somit gewählt.

Die Matrikularbeiträge für 1908.

Nach der dem Reichstage zugegangenen Berechnung der Matrikularbeiträge für 1908 sind insgesamt 319 992 511 Mk. aufzubringen, das heißt 29 394 586 Mk. mehr als im Vorjahre. (Die Ausgaben für die Reichsbeamtengehältervorlagen sind hierbei noch nicht berücksichtigt.) Es haben zu zahlen: Preußen 198 035 273 Mk., Bayern 32 876 175 Mk., Sachsen 23 935 062 Mk., Württemberg 11 877 567 Mk., Baden 10 677 319 Mk., Hessen 6 420 970 Mk., Mecklenburg-Schwerin 3 319 118 Mk., Sachsen-Weimar 2 060 865 Mk., Mecklenburg-Strelitz 549 346 Mk., Oldenburg 2 330 416 Mk., Braunschweig 2 580 538 Mk., Sachsen-Meiningen 1 428 000 Mk., Sachsen-Altenburg 1 098 600 Mk., Sachsen-Koburg-Gotha 1 287 364 Mk., Anhalt 1 741 992 Mk., Schwarzburg-Sondershausen 452 175 Mk., Schwarzburg-Rudolstadt 514 214 Mk., Waldeck 313 977 Mk., Reuß a. L. 374 916 Mk., Reuß f. L. 767 771 Mk., Schaumburg-Lippe 238 917 Mk., Lippe 773 044 Mk., Lübeck 56 212 2 Mk., Bremen 1 398 921 Mk., Hamburg 4 645 783 Mk., Elb-Lothringen 9 634 456 Mk.

3809 Orden

sind beim diesjährigen Ordensfest in verdächtigster Fälle ausgehört worden — mehr als je bei einer früheren Gelegenheit. Die höchste Ziffer unter den Auszeichnungen erreicht das Allgemeine Ehrenzeichen mit 145, dann folgt der Rote Adlerorden 4. Klasse mit 1085, der Kronenorden 3. Klasse mit 313, die 4. Klasse dieses Ordens mit 287, das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens mit 109, der Rote Adlerorden 3. Klasse mit 150, der Kronenorden 2. Klasse mit 95, der Rote Adlerorden 2. Klasse mit 85.

Unter den Dekorierten befinden sich 1200 Angehörige der Armee und Marine, 1650 Reichs- und Staatsbeamte, 75 vom Hofstaat, 15 Ärzte, 90 Geistliche und Lehrer, 250 Kommunalbeamte, 28 Rechtsanwälte und 501 Privatpersonen.

Orden genug — nur keine Rechte, kein Brot und keine Freiheit. Von Orden aber wird das Volk nicht satt und nicht frei.

Blotterroristen.

Aus den Geheimnissen der liberalen Fraktionsgemeinschaft wird der „Berl. Volksztg.“ von unterrichteter Seite mitgeteilt:

Große Überraschung hat es hervorgerufen, daß sich die süddeutschen Demokraten in der Sitzung der Fraktionsgemeinschaft dem Standpunkt der freisinnigen Volkspartei fast ohne jeden Widerpruch unterwarfen. Ganz anders die freisinnige Vereinigung! Von dieser Seite wurden sehr energische Töne angeschlagen, und nur die Rücksicht auf die Austrittserhaltung der Fraktionsgemeinschaft konnte sie schließlich bestimmen, von einer offiziellen Kündigung des Bündnisses abzusehen. Es war den betreffenden Herren von den Abgeordneten Wiemer, Müller-Meiningen und Wuggan offen angedroht worden, daß ihnen der Stuhl vor die Tür gesetzt werde, wenn sie sich den Mehrheitsbeschüssen nicht fügen würden. Da die „Vereinigung“ auch noch in ihren eigenen Reihen Leute beherbergt, die mit den Blotterroristen von der freisinnigen Volkspartei durch die und dann marschieren — nämlich die Abgeordneten Wagnitz, Heßler, Graf Bothmer und Deibitz —, so gab man schließlich die Caposon auf. Abgeordneter Wagnitz drohte seinen eigenen Fraktionskollegen sogar mit dem Übertritt zur Volkspartei. Die Situation ist auf die Dauer verhängnisvoll unhaltbar, und eine Explosion ist eine Frage der aller nächsten Zukunft.

Laureige Politiker, die sich von solchen angehtlich liberalen ins Volkshorn jagen lassen!

hat es ob seiner vernünftigen Stellungnahme zur Blockpolitik mit der „Freis. Ztg.“ verbunden. Diese kramte jetzt in ihren Kartäthen herum und fand folgendes nach ihrer Meinung sehr wertvolles Material gegen Herrn Barth:

„Wenn unter dem Patronat des früheren Abg. Barth eine Resolution angenommen wird, in der von der charakterlosen Verleugnung von Grundfragen die Rede ist, so muß das unwillkürlich daran erinnern, daß derselbe Herr Barth im Jahre 1893 nicht nur einen Grundsatz, sondern ein seinen Wählern ausdrücklich gegebenes Versprechen verleugnet hat, in dem er für die damalige Militärvorlage stimmte. Solche Herren sollten doch in ihrem eigenen Interesse ja sehr vorsichtig sein, wenn sie über die angebliche Charakterlosigkeit anderer herzusprechen sich anmaßen.“

Wie schuldlos wir müssen doch die eben Ritter vom Freisinn sein, wenn sie zur Beschönigung der eigenen verätherischen Charakterlosigkeit, die sie jetzt fortgesetzt begangen, eine Handlung Barths hervorholen, die vor 15 Jahren bei ihm verständlicher war als heute bei den Wiemer, Fischbeck und Kopich, da er damals aus seiner reaktionären Gesinnung kein Hehl machte und ein Buch über die Sozialdemokratie geschrieben hatte, in dem selbst die Herren von der „Freisinnigen Zeitung“ nur mit Bewunderung angeblickt des wunderbaren Materials zur Verleumdung der Sozialdemokratie herumblättern werden. Vielleicht wird dann das Wehklagen um so größer sein, daß sich Barth von einem Paulus zu einem Saulus wandelte.

Am einem längst gefühlten Bedürfnis abzuhelfen hat der Nietzsche-Philosoph Dr. Ernst Horneffer in Leipzig eine neue politische Partei gegründet, der er eben ebenfalls klangvoll wie bescheidenen Namen „Deutsche Kulturpartei“ beilegte und für die er bereits ein paar hundert Mitglieder gewonnen hat. Das Programm des bisher nationalliberalen Herrn hat den Vorzug, die wichtigste Frage der Zeit, die soziale Frage nämlich, gänzlich zu ignorieren, was allerdings bei einem Philosophen erklärlich ist. So wird die neue Partei auf eine bestimmte Art von „Intellektuellen“ und andere Schwärmergeister gewiß eine Zeitlang starke Anziehungskraft ausüben. Als Hauptforderungen stellt Dr. Horneffer auf: Begründung einer Volksakademie mit absoluter Lehrfreiheit, Reform des Königtums (Abschaffung des „Gottesgnadentums“), völlige Gewissensfreiheit für sämtliche Staatsbeamte und Offiziere, Beseitigung der Schule und Lehrer von jedem religiösen Zwange, fakultative Eidesformel für Dissidenten, Erleichterung des Kirchenaustritts, Abschaffung der Standesvorrechte. Keine Forderung sei heute wichtiger als die nach völliger geistiger Freiheit.

Die neue Partei, die auf nationaler Grundlage steht, soll sich zunächst völlig freie Hand bewahren. Für später ist eine Verschmelzung mit den Liberalen als möglich gedacht.

Ob Dr. Horneffer seine Partei schon zur Aufnahme in den Block angemeldet hat, wird nicht berichtet.

Rußland.

Duma-Auflösung in Sicht? Der Führer der Dkto bristen, Graf Uwarow, erklärte einem Berichterstatter, man habe der Partei einen Wink gegeben, falls die Marineforderungen abgelehnt werden, werde die Duma aufgelöst werden. Trotzdem bekundete Graf Uwarow den festen Entschluß, gegen das Marineprojekt zu stimmen; er glaubt, daß auch seine Parteifreunde in der oppositionellen Stimmung verharren werden. Der Kadettenabgeordnete Nisselowski äußerte, seine Partei werde in dieser Frage mit den Dkto bristen gehen. Der Abgeordnete Purischkewitsch von der äußersten Rechten hat sich bereits in voriger Woche gegen den Flottenbau ausgesprochen; die Mehrzahl der Blätter ist gleichfalls oppositionell.

Ein roher Gewaltstreik. In einem Wirtshaus in Odeffa fand die Polizei eine Bombe, die auf Befehl des neuen Generalgouverneurs in dem Wirtshaus selbst zur Explosion gebracht wurde. Das Haus wurde vollständig zerstört.

Korruption. In der Staatsbank ist die inhumanische Veruntreuung von zwei Millionen Mark entdeckt worden.

Frankreich.

Väterchens ergebene Diener. Aus Paris wird gemeldet: Die Regierung ist entschlossen, die bisherige Duldung russischer Männer und Frauen, welche mit den revolutionären russischen Komitees Verbindungen haben, aufzugeben. Man erwartet zunächst, daß derartige Personen freiwillig Frankreich verlassen werden. — Damit ist das „radikale“ Ministerium Clemenceau nahezu auf dasselbe Niveau heruntergekommen, auf dem Freußen steht. Welch eine Entwicklung!

Die Marokko-Affäre bildete gestern den Gegenstand der Beratung in der französischen Kammer. Genesse Laures behandelte in eingehender Begründung seiner Interpellation die Marokko-Affäre und forderte die Kammer auf, Frankreich mutig von dem marokkanischen Abenteuer zu befreien. Vom Ministerium, als auch aus der Mitte des Hauses wurde die in dem Marokko-Konflikt eingeschlagene Politik verteidigt. Am Montag findet die Fortsetzung der Beratung statt.

Schweiz.

Als agent provocateur entlarvt wurde in Lausanne der Sekretär der russischen Sozialisten in der Schweiz, Zenenbaum, der an die russische Polizei viele Parteigenossen und eine Menge Parteiberichte verraten hat. Er ist insgedessen aus der russischen sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen worden. Man muß demnach hinter allen im Ausland vorkommenden russischen Schandtaten die russische Polizei vermuten, die alles tut, die Emigranten zu diskreditieren und das Ansehen des Auslandes zu vernichten.

Italien.

Eine Schandtat der Behörden in Kalabrien. Der „Avanti“ veröffentlicht die allerhöchsten Anklagen gegen den Präsidenten von Catanzaro, der, um den Inter-

essen von Güntlingen zu dienen, seine Hand zu unerhörten Brutaltäten geliehen hat. Es handelt sich wie üblich um arme Teufel, die durch das Erdbeben von 1905 noch ärmer und elender geworden sind. In der kleinen Stadt Materate waren bis Dezember v. Js. einige arme Familien und alleinstehende Kranke und Greise in den Baracken wohnen geblieben, da sie keine andere Unterkunft gefunden hatten. Nun gehörte aber der Grund und Boden, auf dem die Baracken standen, einem Herrn, der über hohe Empfehlungen verfügte, weil er der Onkel des Bürgermeisters von Materate war. Da sich eine günstige Gelegenheit bot, den Boden zu verkaufen, auf dem die Baracken standen, wendete sich der Besitzer an den Präsidenten von Catanzaro und erhielt natürlich das Gewünschte: nämlich einen Ermittlungsbefehl für die 17 in den Baracken hausenden Familien. Dieser Befehl wurde am 9. Dezember zugestellt und am 14. erschien ein Regierungsbaumeister in Begleitung vieler Karabinier und Arbeiter, um die Demolierung der Baracken vorzunehmen. Die Zerstörungsszene wird als unglaublich roh und brutal geschildert. Bei Regen und großer Kälte wurde den armen Leuten bestmöglich das Dach über dem Kopfe eingerissen. Nicht weniger als 17 Familien mit 36 Kindern, im ganzen 59 Personen, wurden so mitten im Winter obdachlos gemacht. Unter ihnen befanden sich schwangere Frauen, ein Greis, ein Blinder, kurz, jede Form der Hilfsbedürftigkeit und Not. Aber das konnte natürlich nicht ins Gewicht fallen, wo es sich darum handelte, dem Onkel eines Bürgermeisters gefällig zu sein. Das Ganze ist unerhört, empörend, aber es ist noch nicht alles. Das Empörendste ist, daß diese Ermittelten auf Befehl der Behörden in denselben Häusern untergebracht wurden, aus denen sie sich in die Baracken geflüchtet hatten, in denen von dem Erdbeben zerstörten Gebäuden, die zu bewohnen von den Baubehörden für lebensgefährlich erklärt worden war! In diese hat man die armen Leute fast gewalttätig zurückgetrieben. Wahrscheinlich werden sie für diese Wohnungen, bis sie ihnen über dem Kopf zusammenbrechen, auch Miete zahlen müssen, so daß durch die Ermittlung nicht nur dem Onkel des Bürgermeisters, sondern auch den Hausbesitzern gedient ist. Was will man mehr? Daß 59 Personen in Ruinen untergebracht sind, die sie jede Stunde begraben können, ist gegenüber solchen Vorteilen keine große Sache.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonnabend, den 25. Januar.

Zug von Mauern und Zimmerern nach Söhmann in Trabemünde ist streng fernzuhalten, da die Sperre über diese Firma verhängt ist.

Zug nach der Grevesmühler Malzfabrik ist strengstens fernzuhalten.

Wer hat das Amtsblatt gewöhnlich, wenn es im amtliche Anträge Dinge zu rechtfertigen sucht, die nicht einwandfrei sind. Das konnte man seiner Zeit beim Polizeiprozess beobachten, wo es die Kassenführung des Polizeiamtes als durchaus ordnungsgemäß hinzustellen mußte und damit einen bedeutenden Lachersfolg erzielte, und jetzt wieder, wo es die unzureichenden Angaben der Handelskammer über die Erhöhung der Buchdruckerlöhne durch sonderbare Rechenkünste zu verteidigen hat. Im Handelskammerbericht für 1907 heißt es, wie wir auch f. Zt. berichtet haben:

„Die Buchdruckereien Lübecks sind, von einigen Sommermonaten abgesehen, im abgelaufenen Jahre sämtlich gut beschäftigt gewesen. Die Einführung des stark erhöhten Lohnsatzes für Buchdruckergehilfen, die für Lübeck eine Lohnerhöhung um 12 1/2 bis 15 Prozent bedeutet, vollzog sich unter dem Zwange der Verhältnisse, den der Gehilfenverband auf die Arbeitgeber ausübt, um die Jahreswende. Eine für den 1. Januar 1907 in Aussicht stehende weitere Lohnerhöhung wurde durch Verhandlung auf das Jahr 1909 zurückgedrängt.“

Wir haben gleich nach Bekanntwerden des Berichts festgestellt, daß die Lohnerhöhung nur 10 pCt. beträgt und daß somit die von der Handelskammer behaupteten Tatsachen falsch sind. Jetzt, nachdem mehrere Wochen ins Land gezogen sind, kommt das Amtsblatt mit einer „Richtigstellung“, in der versichert wiegen wird, daß die Handelskammer von einer Lohnerhöhung von 12 1/2 bis 15 pCt. spricht und in der es heißt:

„Es erscheint im Interesse des Buchdruckergewerbes geboten, zu bestätigen, daß die Angaben des Handelskammerberichts auf Richtigkeit beruhen, ja die Erhöhung in runder Ziffer noch nicht einmal voll berücksichtigt ist. Das mag in folgendem bewiesen sein. Der Mindestlohn für Setzer und Trucker über 24 Jahre beträgt nach dem deutschen Buchdrucker tarif seit dem 1. Januar 1907 für Lübeck bei 53 1/2 stündiger Arbeitszeit für die Woche 28,12 Mk., er betrug bis 31. Dez. 1906 bei 54 stündiger Arbeitszeit . . . . . 25,30 Mk. also seit 1. Januar 1907 mehr . . . . . 2,82 „ dazu eine halbtägige Verkürzung der Arbeitszeit (statt 54 jetzt 53 1/2 Std. . . . . —,27 „ Lohnaufschlag seit 1. Januar 1907 . . . . . 3,09 Mk. oder 12 1/2 pCt. mehr für 24jährige Gehilfen. Bei Gehilfen unter 24 Jahren ist ein ähnliches Verhältnis vorhanden. Hieraus geht hervor, daß die im Handelskammerbericht gegebene Ziffer durchaus der Wirklichkeit entspricht.“

Wir wollen demgegenüber die Tatsachen reden lassen. Der Lohn betrug bis Ende 1906 für Buchdruckergehilfen unter 21 Jahren 24,20 Mk., von 1907 ab 25,89 = 1,69 Mk. mehr; 1906 für Gehilfen von 21—23 Jahren 24,75 Mk., 1907 für Gehilfen von 21—24 Jahren 27 Mk. = 2,25 Mk. mehr; 1906 für Gehilfen über 23 Jahre 25,30 Mk., 1907 für Gehilfen über 24 Jahre 28,12 Mk. = 2,82 Mk. mehr. Es gehört wohl nicht allzuviel Rechenkunst und Scharfsinn dazu, um zu entdecken, daß die Lohnerhöhung nach diesen Angaben, die dem Buchdrucker tarif entnommen sind, weit geringer ist, als wie das Amtsblatt und die Handelskammer behauptet. Allerdings ist die Arbeitszeit um wöchentlich eine halbe Stunde verkürzt worden; doch kann man das wohl kaum als eine Lohnaufbesserung bezeichnen. Nicht einmal die vom Amtsblatt aufgestellte Rechnung, daß für die höchste Etappe infolge der als Lohn berechneten halbtägigen Arbeitszeitverkürzung die Lohnerhöhung 12 1/2 Prozent beträgt, ist richtig, denn jedes Kind kann ausrechnen, daß 12 1/2 Prozent von 25,30 Mk. 3,16 Mark und nicht 2,82 oder 3,09 Mk. ausmacht. Wir bedauern, daß die Handelskammer, anstatt ihren Irrtum zu berichtigen, denselben auf eine Art rechtfertigen läßt, die durch die Tatsachen am besten gekennzeichnet wird. Im übrigen wollten wir nur zeigen, wie „scharfsinnig“ das Amtsblatt geleitet wird, und wie es stets bei der Wahrheit bleibt.

empfehlte das Amtsblatt in seiner gestrigen Abendausgabe. Man kann es ja begreifen, daß jemand eine von ihm mitgeschaffene ungerechte Einrichtung, die ihm und seinen Klassenossen zu nützen bestimmt und geeignet ist, auch anderwärts empfiehlt; das preussische Volk in seiner großen Mehrheit würde sich jedoch zweifellos für eine Wahlreform, die den Besitzenden ein siebenmal größeres Recht als den Besitzlosen gewährt, bestens bedanken. In den Ausführungen der „Lüb. Anz.“ heißt es u. a.: „Wir in Lübeck haben bereits ein vernünftiges Wahlrecht. . . Das neue Wahlrecht hat auch keineswegs die Sozialdemokratie mundtot machen wollen. Das zeigt die Zusammensetzung unserer Bürgererschaft, in die erst nach seinem Inkrafttreten die Sozialdemokratie überhaupt eingetreten ist. Und davon, daß man „die Masse der Staatsangehörigen vergewaltigt“ hätte (so hatte nämlich dieser Tage das „Berl. Tagebl.“ behauptet. Red. d. V.), kann schon darum nicht die Rede sein, weil wir in Lübeck nur zwei Wahlklassen haben und weil schon ein Einkommen von mehr als 2000 Mk. Wahlberechtigung in der ersten Klasse gewährt. Unser neues Lübecker Wahlrecht mit seinem direkten und geheimen Verfahren dürfte, das haben wir schon ausgeführt, liberaler sein, als das jetzige preussische Dreiklassenwahlrecht mit seiner öffentlichen Stimmabgabe und seinem indirekten Verfahren.“ Wahrlich, unser Lübecker Wahlrecht ist vom kapitalistischen Standpunkt „vernünftig“ und „liberal“, denn es enthält ja „nur“ zwei Klassen, eine, die viele Wähler und wenige Mandate umfaßt, für Arme und eine solche mit wenigen Wählern und vielen Mandaten für Reiche. Die Masse der Staatsangehörigen ist beiseite nicht vergewaltigt; im Gegenteil, man hat ja gerade der Minderheit die Last des achtfachen Wahlrechts aufgebürdet. Wie kann überhaupt noch jemand behaupten, daß das Lübecker Bürgerchaftswahlrecht ein Hohn auf den Begriff Recht ist, nachdem doch das Amtsblatt damit zufrieden ist.

**Jahresbericht des Zentral-Verbandes der Zimmerer Deutschlands, Zahlstelle Lübeck, für das Jahr 1907.** Die Bautätigkeit am Orte und in der Umgegend war im verfloßenen Jahre eine ziemlich gute und im Sommer war zeitweilig mehr Nachfrage wie Angebot von Arbeitskräften. Die Zahl der Mitglieder war im 1. Quartal 829, im 2. 829, im 3. 801 und im 4. Quartal 278; durchschnittlich 809 Mitglieder. Angemeldet haben sich im 1. Quartal 11, im 2. 69, im 3. 46 und im 4. Quartal 4 Mitglieder, zusammen 130 Mitglieder. Neu aufgenommen wurden im 1. Quartal 18, im 2. 16, im 3. 10 und im 4. Quartal 2, zusammen 46 Mitglieder. Abgemeldet haben sich im 1. Quartal 47, im 2. 54, im 3. 81 und im 4. Quartal 28, zusammen 210 Mitglieder; ausgetreten sind 4, gestorben 3, ausgeschieden 4 Mitglieder. Die Klassenverhältnisse stellten sich wie folgt: Einnahme der Hauptkasse an Beiträgen 6203,90 Mk. für den Streifonds wurden 734 Mk. abgeliefert; in Summa 6937,90 Mk. Einnahme der Lokalkasse: 4574,14 Mk.; Kassenbestand am 1. Januar 1907 2488,68 Mk. Summa 7062,82 Mk. Ausgabe der Lokalkasse: 3499,98 Mk.; Bestand der Lokalkasse am 1. Januar 1907 2488,68 Mk.; Bestand der Lokalkasse am 1. Januar 1908 3562,74 Mk.; es ergibt sich also ein Mehr von 1074,06 Mk. Die Arbeitslosigkeit war im Winter ziemlich groß; arbeitslos waren vom 1. Dezember 1906 bis zum 30. April 1907 durchschnittlich 65 Mitglieder mit einem Verlust von 1116 Arbeitsstunden und einen Lohnausfall von 4208,20 Mk.; im 3. Quartal war ein Mitglied 4 Tage arbeitslos, was einen Lohnausfall von 22,80 Mk. ausmachte, im 4. Quartal waren 14 Mitglieder mit zusammen 89 Tagen und einem Lohnausfall von 427,20 Mk. arbeitslos, in Summa Verlust von 1209 Arbeitstagen mit einem Lohnausfall von 4638 Mk. An Arbeitslosenunterstützung wurden in Summa 1430,50 Mk. ausbezahlt. An Reiseunterstützung wurde im ersten Quartal an 69 reisende Mitglieder 71,50 Mk., im 2. an 14 Mittel. 13,50 Mk., in Summa 85 Mk. ausbezahlt. 80 Prozent der Mitglieder sind Abonnenten der Parteipresse („Lübecker Volksbote“). Im Berichtsjahre haben 24 regelmäßige und 2 außerordentliche Versammlungen stattgefunden; in zwei Versammlungen wurden Vorträge gehalten. Der Zahlstellenvorstand hat zehn Sitzungen abgehalten, die Tarifkommission 12 Sitzungen, davon 6 gemeinschaftlich. Weiter fanden in Schluß, da die dortigen Zimmerer unserer Zahlstelle angehören, 3 Versammlungen statt; in zwei derselben wurden Vorträge gehalten. Am 20. Dezember 1906 wurde über die Bauten auf dem Hofhofenwerk bei Lübeck, welche von einem Unternehmer aus Kattowitz (Oberschlesien) ausgeführt wurden, die Sperre verhängt, weil derselbe sich weigerte, die Lübecker Lohn- und Arbeitsbedingungen anzuerkennen; beteiligt am Streik waren 18 Verbandsmitglieder, davon 14 aus Kattowitz, darunter 2 Verheiratete, 3 Kattowitzer wurden arbeitswillig. Am Streikunterstützung wurden von der Hauptkasse 482,95 Mk. für 205 Tage ausbezahlt, dazu aus der Lokalkasse 74 Mk. 10 Pf. in Summa 557,05 Mk. Getreift wurde zusammen 263 Tage; das macht einen Lohnausfall von 1104,40 Mk. Am 12. Januar 1907 kam eine Einigung zwischen dem Unternehmer und dem Vorstand unserer Zahlstelle zustande, da der Unternehmer sich bereit erklärte, die Lübecker Lohn- und Arbeitsbedingungen anzuerkennen. Die Sperre wurde sofort aufgehoben. Die Bautätigkeit im Jahre 1908 wird voraussichtlich eine ziemlich gute werden. Da unser Tarif am 31. März dieses Jahres abläuft, wird es sich ja zeigen, ob die Unternehmer bereit sind, mit uns einen neuen Tarif zur beiderseitigen Zufriedenheit abzuschließen. Nach den Verhandlungen des Arbeitgeber-Verbandes in Berlin scheint es allerdings nicht der Fall zu sein, daß auf einer Seite der Wille besteht, sich in Güte mit uns zu einigen.

**Handelsregister.** Am 24. Januar 1908 ist eingetragen: 1. bei der Firma Jäckel u. Achenbach in Lübeck: Fehiger Inhaber: Kaufmann J. H. Jäckel in Lübeck. Seine Prokura ist erloschen. Dem Kaufmann F. H. Jäckel in Lübeck ist Prokura erteilt; 2. die Firma Alwin F. Leonhard in Lübeck. Inhaber: Kaufmann A. F. A. Leonhard in Lübeck. Angegebene Geschäftszweig: Maschinenverwertung; 3. die offene Handelsgesellschaft in Firma Lübecker Immobilien-Bureau Waetow u. Strähmer in Lübeck. Besonders haftende Gesellschafter sind: die Malter C. G. F. Waetow und C. W. H. Strähmer, beide in Lübeck. Die Gesellschaft ist eine offene Handelsgesellschaft und hat am 31. Dezember 1907 begonnen; 4. bei der Aktiengesellschaft in Firma Deutsche Lebensversicherungsgesellschaft in Lübeck. Lübeck: Durch die Beschlüsse der Generalversammlung der Aktionäre und des Aufsichtsrats vom 21. November 1907 sind die §§ 4, 8, 14, 15, 16, 19, 20, 21, 22, 23 und 25 des Gesellschaftsvertrages abgeändert. Der Gesellschaftsvertrag ist in der abgeänderten Fassung neu zum Abdruck gelangt.

**Stadttheater-Provisorium.** Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Sonntag gibt es wieder eine Fremden-Doppel-Vorstellung zu einfachen Preisen. Es gelangt die herrliche, melodische Oper „Mignon“ zur Aufführung, hierauf der Schwan „Charles Lanté“. Alle ersten Kräfte sind darin beschäftigt und sowohl Publikum als auch Presse sind voll des Lobes über die ausgezeichnete Darbietung. Bei dem Schwan „Charles Lanté“ ist Lachen die Devise. Alles in allem ein interessanter Theaterabend, dessen Besuch wir bestens empfehlen können. — Im Hansatheater absolviert das Ensemble des Stadttheaterprovisoriums am

gelangt das Lustspiel „Der Königsleutnant“ von Ungklow.

**Sausa-Theater.** Der gegenwärtige weltstädtische Spielplan wird sich bereits am Sonntag, den 26. Januar verabschieden, da die Darsteller der drei Hauptnummern anderweit verpflichtet sind. Es bietet sich also in den beiden Sonntags-Vorstellungen die letzte Gelegenheit, das großartige Programm ansehen zu können. Namentlich auf die Nachmittagsvorstellung sei hingewiesen, bei welcher die Eintrittspreise wesentlich ermäßigt sind. Für die Abend-Vorstellung wird man gut tun, sich bei Sager am Kohlmarkt rechtzeitig mit Billets zu versehen.

**Das Panorama.** Breitestraße 38 I, führt seine Besucher in dieser Woche an die Westküste Süd-Amerikas, in die Republik Peru mit der Hauptstadt Lima. Durch Peru zieht sich nahe der Küste von Norden nach Süden die Andenkette, welche dem Lande den Charakter des Großartigen und Wechselvollen verleiht. Nirgends von niedrigem Vorgebirge verdeckt, streben die Anden wie eine Mauer empor und erscheinen daher unübersteiglich schroff; die Gebirgspässe erreichen eine Höhe von nahezu 15000 Fuß. Das Land ist durchweg sehr fruchtbar, obgleich es oft Jahrzehnte hindurch nicht regnet und die Bewohner (Meger, Indianer, eingeborene Weiße, Europäer und Milchlinge aller Grade) im Durchschnitt nur jedes Jahrzehnt einmal das Naturschauspiel eines Gewitters genießen können. So hat es beispielsweise von 1748—1828, also 80 Jahre hindurch, in Peru nicht ein einziges Mal geregnet. Von den der Küste am Stillen Ozean vorgelagerten Inseln kommt der bekannte Peru-Guano.

**Hamburg.** Schon wieder eine Wahlrechtsänderung? Der „Weser-Zeitung“ wird von hier geschrieben: „Es ist bemerkenswert, daß seit ungefähr zehn Jahren in Hamburg nicht zwei halbseitige Erneuerungen der Bürgererschaft hintereinander genau nach dem gleichen Wahlrecht stattgefunden haben. Immer hat man vor der neuen Wahl eine Änderung des Wahlrechts vorgenommen. Das ist sicherlich ein Beweis für eine gewisse Systemlosigkeit und Gelegenheitsgesetzlichkeit. Gegenwärtig haben wir den ganz eigenartigen Zustand, daß in der einen Hälfte des Staates ein anderes Wahlrecht gilt als in der anderen. Während links der Mitter im vorigen Jahre die halbseitige Erneuerung der Bürgererschaft nach dem neuen Klassenwahlrecht mit Proportionalssystem stattgefunden hat, gilt für das rechte Mitterufer und das Landgebiet noch bis 1910 das alte Wahlrecht. Infolgedessen erfolgen die erforderlichen Ergänzungswahlen noch nach diesem. Eine solche Wahl wird infolge Ablebens des Abgeordneten Hopflein am 14. Februar statt. Es fehlt aber nicht an Anzeichen dafür, daß auch das neue Wahlrecht bis zu den nächsten Wahlen des Jahres 1910 wieder geändert wird. Einerseits wird von den Liberalen die Forderung der Wiederherstellung des Klassenwahlrechts aufgestellt werden. Dann aber soll auch der Senat sich mit dem Gedanken tragen, eine neue Wahlrechtsvorlage zu bringen. Bekanntlich suchte der Senat die Wahlrechtsverschlechterung damit besonders populär zu machen, daß er den Beamten das seit langer Zeit erströbte passive Wahlrecht gewährte. Aber die Beamten schlossen sich nicht, wie man angenommen hatte, der Fraktion der Rechten, sondern den Liberalen an. Das hat beim Senat wie bei der Rechten viel böses Blut gemacht, so daß man jetzt den Einfluß der Beamten auf die Wahlen durch Schaffung kleinerer Wahlbezirke und das Verbot der Stimmenhäufung schwächen will. Jedenfalls dürfte die Wahlrechtsfrage demnächst hier wieder ganz aufgerollt und die politische Temperatur erheblich gesteigert werden.“ — Es bleibt abzuwarten, ob es sich hier um eine Kombination handelt oder ob die Mitteilung tatsächlich begründet ist. — Übereinen Zusammenstoß der Arbeitgeber des Baugewerbes berichtet die Presse: „Die Vertreter aller Branchen des selbständigen Baugewerbes in Hamburg, Altona, Wandsbeck beschloßen in einer am 22. Jan. in der „Alsterburg“ abgehaltenen Versammlung einstimmig, in allen Fragen der Lohn- und Arbeitsbedingungen künftig gemeinsam Stellung zu nehmen und diese Materie nicht mehr, wie bisher, den einzelnen Gewerbebranchen zu überlassen. Im besonderen soll eine gemeinsame Stellungnahme gegenüber den im Steinmetz-, Gips- und Baubildhauergewerbe seitens der Arbeiterverbände geschehenen Tarifkündigungen und der damit aufgestellten Forderung des achtstündigen Arbeitstages stattfinden. Falls die Arbeiterverbände auf ihren Forderungen bestehen, soll zu einer energischen und geschlossenen Abwehr geschritten werden.“ Nur nicht so hitzig!

**Altona.** In der Generalversammlung des Liberalen Vereins zu Altona wurde beschloßen, sich dem Liberalen Verein im 6. fechtshofstein. Wahlkreise anzuschließen. Ferner wurde folgende, vom Rechtsanwalt Waldstein vorgeschlagene Resolution angenommen: „Die Generalversammlung des Liberalen Vereins für Altona, Ottensen und Umgebung beschließt: Die Erklärung des preussischen Ministerpräsidenten über den freisinnigen Wahlrechtsantrag bedeutet eine Zurücksetzung der gerechten Ansprüche des nach Zahl, wirtschaftlicher und kultureller Bedeutung weit überwiegenden Teiles des preussischen Volkes gegen die unerträgliche Bevorzugung einer kleinen Minderheit. Sie läßt durch die Verantwortung der Öffentlichkeit des Wahlrechts das preussische Volk in einer Gewissensfrage im Stich. Sie ist wegen ihres gänzlichen Mangels an positivem Inhalt ein bedauerlicher Beweis für die geringe Ernsthaftigkeit mit der die Staatsregierung die seit Jahrzehnten erhobenen Beschwerden des preussischen Volkes in Ansehung des bestehenden Wahlrechts behandelt hat. Die moralische Verantwortlichkeit für alle aus dieser Misachtung einer Volksstimme und gerechter Volksansprüche sich ergebenden Folgen fällt auf die preussische Staatsregierung. Die Versammlung erwartet von allen Liberalen einen energischen Kampf für die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen: Wer dieses Wahlrecht für Preußen bekämpft, ist im Herzen auch im Reich sein Gegner.“

**Kiel.** Das Urteil im Prozeß der Witwe des ermordeten Zahnarztes Clausen gegen den Eisenbahnfiskus wurde Donnerstag morgen verkündet. Das höchste Oberlandesgericht hat die Klage abgewiesen und sich so dem Urteil der ersten Instanz, der Zivilkammer des Altonaer Landgerichts angeschlossen. Frau Clausen stütze ihre Entschädigungsansprüche bekanntlich darauf, daß ihr Gatte, der Ernährer der Familie, im Vorortszuge Altona-Blankensee von dem jugendlichen Raubmörder Kiefer durch Weibliche ermordet und daß dieser Mord nur durch die abgeschlossenen Abteile begünstigt wurde. Daraus leitete sie em Verschulden der Eisenbahn ab. Beide Gerichtsinstanzen, das Landgericht in Altona und das Oberlandesgericht in Kiel haben sich jedoch auf den Standpunkt gestellt, daß hier höhere Gewalt vorlag, für die der Fiskus nicht verantwortlich und haftbar zu machen sei.

**Odenburg.** In drei Monaten Gefängnis verurteilte am 22. d. Mts. die Strafkammer in Odenburg den Genossen Richard Wagner vom „Norddeutschen Volksblatt“ in Wamt. Wagner sollte den Bürgermeister Koch in Delmenhorst in einer während des Bauarbeiterstreiks in Delmenhorst gehaltenen Rede durch zwei Ausdrücke beleidigt haben. Wagner bestritt, die Ausdrücke getan zu haben. Die als Zeugen erlichenen Überwachungsbeamten saßen jedoch wie am Schnürchen alle dasselbe. Nur der Oberwachmeister hatte etwas anderes gehört. Es ist bezeichnend für die angeblich liberale Regierung in Odenburg, daß der Bürgermeister trotz des vollen Vereins- und Versammlungsfreiheit garantierenden Staatsgrundgesetzes die betreffende Versammlung von zwei Gendarmen, einem Schutzmann und drei stenographierenden Magistratschreibern hat überwachen lassen. Das Gericht erkannte nur eine formale Beleidigung und verurteilte Wagner zu sechs Wochen Gefängnis. Weiter stand zur Anklage eine Artikelserie im „Norddeutschen Volksblatt“, die sich mit den Zuständen in Delmenhorst beschäftigte. Obwohl die Artikelserie sich auf unabweisbar wahres Tatsachenmaterial stützte und sich in sachlicher und ruhiger Weise gegen das russische Regiment des Bürgermeisters wandte, wurde dennoch Wagner zu zwei Monaten und zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Die Gesamtstrafe wurde auf drei Monate zusammengezogen. Vor einigen Wochen feierte auf dem freisinnigen Parteitage in Odenburg der Reichstagsabgeordnete Althorn die liberale Handhabung der liberalen Gesetzgebung Odenburgs. Das Urteil gegen Wagner zeigt, was von dem Liberalismus der odenburgischen Behörden zu halten ist.

## Theater und Musik.

**Stadttheater-Provisorium.** Das Gastspiel der Signorina Prevosti an unserer Bühne erreichte leider bereits gestern sein Ende. Die große Künstlerin verabschiedete sich in der Partie der Violetta in Verdi's Oper „Traviata“. Das Libretto zu „Traviata“ ist in der Hauptrolle identisch mit dem Tomassiden Schauspiel „Die Gameliendame“, in dem Cleonore Düe und Sarah Bernhardt — letztere auch vor einigen Jahren in Lübeck — Triumphe feiern. Frä. Prevosti steht als Violetta zweifellos unerreicht da; sie vereint mit eminentem Darbietungsvermögen höchste Gesangskunst, durch welche die von ihr gegebenen Partien geadelt und dem Herzen der Hörer nahegebracht werden. Höchste Lust und tiefsten Schmerz finden so überzeugenden Ausdruck, daß auch derjenige, der der italienischen Sprache nicht mächtig ist, davon ergriffen und gesehnt wird. Die Gesangsreue der Prevosti kennt keine Hindernisse; die schwierigsten Koloraturen gelangen mit selbstverständlicher Leichtigkeit, die Triller und Läufe gleichen einer Perlenschnur von herrlicher Schönheit. Das Publikum war von der Leistung der Künstlerin begeistert und brachte ihr Ovationen dar, wie sie in Lübeck äußerst selten vorkommen. Die ganze Vorstellung verdiente überhaupt viel Lob. Herr Martlang und spielte den Alfredo in vornehmer Weise. Mit seinen prächtigen Stimmitteln verhalf Herr Engel dem alten Charmont zu einem guten Erfolg. Die Regie des Herrn Kück auf hatte für geschmackvolle Bühnenbilder und Herr Kapellmeister Moritz für eine tüchtige Einstudierung und Gesamtauführung gesorgt. P. L.

## Letzte Nachrichten.

**Berlin, 24. Jan.** Das gestern gegen den Grafen Lyuar gefällte Kriegesgerichtsurteil wird rechtskräftig werden, denn Rechtsanwält v. Stienapp hat nach Rücksprache mit seinem Klienten auf jedes weitere Rechtsmittel verzichtet.

**Zahhanien a. N., 24. Jan.** Auf der Zeebe Siberg wurden zwei Bergleute durch herabfallendes Gestein erschlagen und auf der Zeebe Eintracht-Liefbau verunglückten zwei Bergleute tödlich.

**Leiner, 24. Jan.** Der Stadtlektor Heckmann ist wegen Unterschlagungen im Amte verhaftet worden. Nach den vorläufigen Ermittlungen beträgt die unterschlagene Summe 6000 Mk.

**Oberhausen, 24. Jan.** Auf der Zeebe Roland in Templer waren gestern nachmittags mehrere Bergleute beschäftigt, in den Schacht hinabzusteigen, als sich die Leiter löste. 5 Bergleute kränzten in die Tiefe. Einer war sofort tot. Von den übrigen vier Schwerverletzten starb einer auf dem Wege zum Krankenhaus.

**Soek van Holland.** Als sich abends der Nebel teilte, gingen die Boote in See, um die Nachforschung nach dem Verbleib der noch fehlenden Schiffbrüchigen wieder aufzunehmen. Deute früh 8 Uhr setzte wieder dichter Nebel ein. Die 28 Schiffbrüchigen des Dampfers „Amsterdäm“ sind schon eine Stunde nach dem Zusammenstoß von dem norwegischen Dampfer „Compan“ aufgenommen und heute gelandet worden. Es herrscht großer Jubel.

## Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

**Ein eigenartiger Vorfall**  
hat sich dieser Tage in der Wurtfabrik des Herrn Schreier am Kirchhof abgespielt. Dort erreichte der Meister Schröder einem Packer einen Auftrag, den dieser nach seiner Meinung nicht befolgen konnte. Als der Packer dieses zum Ausdruck brachte, schlug der Meister dem jungen Mann ins Gesicht. Da der letztere weitere Schläge befürchtete, wehrte er sich. Herr Schreier, der hierauf zukam, ordnete nun an, daß der Packer nach oben gehen solle, was seine Entlassung bedeutete. Oben ist dann der junge Mann vor dem Nachraum von Herrn Schreier mit der Faust in den Nacken und von Meister Schröder an den Kopf geschlagen worden. Ein solches Verhalten muß entschieden verurteilt werden. Hatte sich der Packer in irgend einer Weise vergangen, dann war die Entlassung Strafe genug; er durfte dann weder von dem einen noch von dem andern Herrn geschlagen werden. Öffentlich tragen diese Zeiten dazu bei, daß so etwas im Schereichen Betriebe nicht wieder vorkommt. 3.

## Sternschanz-Viehmarkt

24. Januar.  
Der Schweinehandel verlief gut. Zufgeführt wurden 2650 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Versandschweine schwere 55—56 Mk., leichte 54—55 1/2 Mk., Sauen 47—52 Mk. und Kerfel 49—53 Mk. pro 100 Pfund.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel Paul Vogt. Für den gesamten übrigen Inhalt Johanes Stellina. Verleger: L. H. Schwart. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

deutscher Grundlage errichteten Bund und in das Reich aufgenommen wurden.

Der Aufruf des Oberpräsidenten erschien in polnischer wie deutscher Sprache. Er wies darauf hin, daß der Bund zum Schutz gegen äußere Feinde und zur gemeinsamen Pflege der Wohlfahrt im Innern begründet worden sei. Nach dem Willen des Königs sollte das Großherzogtum Posen ihm ebenso wie die übrigen Provinzen des preussischen Staates angehören. Dessen hätten sich auch die Polen freuen. „Folget nicht den Einflüsterungen derjenigen, welche vorgeben, daß durch den Eintritt in den Norddeutschen Bund die polnische Nationalität gefährdet werde und daß es daher Pflicht der polnischen Bevölkerung sei, gegen die Einverleibung der Provinz Posen in den Norddeutschen Bund Protest zu erheben. Folget vielmehr dem Ruf unseres allergnädigsten Königs, dessen landesväterlichen Absichten es fern liegt, euch etwas zuzumuten, was eurer Nationalität und euren Rechten zum Nachteil gereichen würde. Glaubt nicht denjenigen, welche euch sagen, daß durch den Eintritt in den Norddeutschen Bund euch der Gebrauch eurer Muttersprache soll verkümmert werden. Glaubt nicht denjenigen, welche euch sagen, daß durch die Verbindung des Großherzogtums Posen mit dem Norddeutschen Bunde eure Religion eine Gefahr erleidet! Auch in dem Norddeutschen Bunde werdet ihr unbehelligt Posen bleiben, eure Muttersprache reden, eure Sitten üben und die katholische Kirche wird sich nach wie vor derselben Freiheit und desselben Schutzes zu erfreuen haben, welche sie bisher in unserem preussischen Vaterlande genossen hat... Ihr könnt nicht zögern, auch jetzt euer festes Vertrauen auf das landesväterliche Herz unseres geliebten Königs zu setzen, welches warm schlägt auch für seine Untertanen polnischen Stammes und in welchem ihr stets den besten Schutz finden werdet für eure Nationalität und für eure Rechte!“

Wie dieses offizielle Versprechen gehalten wurde, das lernte man am Schulkampfe kennen und jetzt an der Entscheidungsvorlage. Ein Beispiel — brossischer Treue und Wahrfähigkeit.

**Reichstagswahlwahl in Plesz-Nybnitz.**

Das endgültige Resultat der Reichstagswahlwahl ist folgendes: Erzbischof von Ratibor (Reichspartei) erhielt 5226, Pfarrer Seidel (Zr.) 3011, Pfarrer Waida (Pole) 14795 und Dahmsch (Soz.) 321 Stimmen. Waida ist somit gewählt.

**Die Matrikularbeiträge für 1908.**

Nach der dem Reichstage zugegangenen Berechnung der Matrikularbeiträge für 1908 sind insgesamt 319 992 811 Mk. aufzuführen, das heißt 29 394 586 Mk. mehr als im Vorjahre. (Die Ausgaben für die Reichsbeamtengehältervorlagen sind hierbei noch nicht berücksichtigt.) Es haben zu zahlen: Preußen 198 035 273 Mk., Bayern 32 876 175 Mk., Sachsen 23 935 062 Mk., Württemberg 11 877 587 Mk., Baden 10 677 319 Mk., Hessen 6 420 970 Mk., Mecklenburg-Schwerin 3 319 118 Mk., Sachsen-Weimar 2 060 865 Mk., Mecklenburg-Strelitz 5 49 346 Mk., Oldenburg 2 330 416 Mk., Braunschweig 2 580 588 Mk., Sachsen-Meiningen 1 428 000 Mk., Sachsen-Altenburg 1 696 600 Mk., Sachsen-Koburg-Gotha 1 287 364 Mk., Anhalt 1 741 902 Mk., Schwarzburg-Sondershausen 452 175 Mk., Schwarzburg-Rudolstadt 514 214 Mk., Waldeck 313 977 Mk., Reuß a. L. 374 916 Mk., Reuß s. L. 767 771 Mk., Schaumburg-Lippe 238 917 Mk., Lippe 773 044 Mk., Lübeck 5 62 122 Mk., Bremen 1 398 921 Mk., Hamburg 4 645 783 Mk., Elb-Lothringen 9 634 456 Mk.

**3809 Orden**

sind beim diesjährigen Ordensfeste in verhältnismäßiger Fülle ausgereicht worden — mehr als je bei einer früheren gleichen Gelegenheit. Die höchste Differenz unter den Auszeichnungen erreicht das Allgemeine Ehrenzeichen mit 155, dann folgt der Rote Adlerorden 4. Klasse mit 1085, der Kronenorden 3. Klasse mit 313, die 4. Klasse dieses Ordens mit 287, das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens mit 199, der Rote Adlerorden 3. Klasse mit 150, der Kronenorden 2. Klasse mit 95, der Rote Adlerorden 2. Klasse mit 85.

Unter den Dekorierten befinden sich 1200 Angehörige der Armee und Marine, 1650 Reichs- und Staatsbeamte, 75 vom Hofstaat, 15 Ärzte, 90 Geistliche und Lehrer, 250 Kommunalbeamte, 28 Rechtsanwälte und 501 Privatpersonen.

Orden genug — nur keine Rechte, kein Brot und keine Freiheit. Von Orden aber wird das Volk nicht satt und nicht froh.

**Blockterroristen.**

Aus den Geheimnissen der liberalen Fraktionsgemeinschaft wird der „Berl. Volksztg.“ von ununterrichteter Seite mitgeteilt:

Große Übertreibung hat es hervorgerufen, daß sich die jüdischen Demokraten in der Sitzung der Fraktionsgemeinschaft dem Standpunkt der freisinnigen Volkspartei fast ohne jeden Widerspruch unterwarfen. Ganz anders die freisinnige Vereinigung! Von dieser Seite wurden sehr energische Töne angeschlagen, und nur die Rücksicht auf die Aufrechterhaltung der Fraktionsgemeinschaft konnte sie schließlich bestimmen, von einer offiziellen Kündigung des Blöck-Bundes abzusehen. Es war den betreffenden Herren von den Abgeordneten Zimmer, Müller-Meiningen und Mugdan offen angedroht worden, daß ihnen der Stuhl vor die Tür gesetzt werde, wenn sie sich den Mehrheitsbeschüssen nicht fügen würden. Da die „Vereinigung“ auch noch in ihren eigenen Reihen Leute beherrschte, die mit den Blockterroristen von der freisinnigen Volkspartei durch die und dann marinierten — nämlich die Abgeordneten Wachse, Hecker, Graf Wehmer und Leibkühn —, so gab man schließlich die Opposition auf. Abgeordneter Wachse drohte seinen eigenen Fraktionskollegen sogar mit dem Übertritt zur Volkspartei. Die Situation ist auf die Dauer vollständig unhaltbar, und eine Sezession ist eine Frage der nächsten Zukunft.

Traurige Politiker, die sich von solchen angeblich liberalen Terroristen ins Bodenhorn jagen lassen!

**Herr Theodor Barth**

hat es ob seiner vernünftigen Stellungnahme zur Blockpolitik mit der „Freis. Ztg.“ verdröben. Diese kramte jetzt in ihren Karikaturen herum und fand folgendes nach ihrer Meinung sehr wertvolles Material gegen Herrn Barth:

„Wenn unter dem Patronat des früheren Abg. Barth eine Resolution angenommen wird, in der von der charakterlosen Verleugnung von Grundfragen die Rede ist, so muß das unwillkürlich daran erinnern, daß derselbe Herr Barth im Jahre 1893 nicht nur einen Grundsatz, sondern ein seinen Wählern ausdrücklich gegebenes Versprechen verleugnet hat, in dem er für die damalige Militärvorlage stimmte. Solche Herren sollten doch in ihrem eigenen Interesse ja sehr vorsichtig sein, wenn sie über die angebliche Charakterlosigkeit anderer herzutreiben sich anmaßen.“

Wie schuldbehaftet müssen doch die edlen Ritter vom Freisinn sein, wenn sie zur Verschönigung der eigenen verätherischen Charakterlosigkeit, die sie jetzt fortgesetzt begangen, eine Handlung Barths hervorholen, die vor 15 Jahren bei ihm verständlicher war als heute bei den Wiemer, Fischbeck und Kopp, da er damals aus seiner reaktionären Gesinnung kein Hehl machte und ein Buch über die Sozialdemokratie geschrieben hatte, in dem selbst die Herren von der „Freisinnigen Zeitung“ nur mit Bewunderung angeführt wurden. Solche Herren sollten doch in ihrem Interesse ja sehr vorsichtig sein, wenn sie über die angebliche Charakterlosigkeit anderer herzutreiben sich anmaßen.

Um einem längst gefühlten Bedürfnis abzuhelfen hat der Riezische-Philosoph Dr. Ernst Horneffer in Leipzig eine neue politische Partei gegründet, der er den ebenso klangvollen wie bescheidenen Namen „Deutsche Kulturpartei“ beilegte und für die er bereits ein paar hundert Mitglieder gewonnen hat. Das Programm des bisher nationalliberalen Herrn hat den Vorzug, die wichtige Frage der Zeit, die soziale Frage nämlich, gänzlich zu ignorieren, was allerdings bei einem Philosophen erklärlich ist. So wird die neue Partei auf eine bestimmte Art von „Intellektuellen“ und andere Schwärmergeister gewiß eine Zeitlang starke Anziehungskraft ausüben. Als Hauptforderungen stellt Dr. Horneffer auf: Begründung einer Volksakademie mit absoluter Lehrfreiheit, Reform des Königtums (Abschaffung des „Gottesgnadentums“), völlige Gewissensfreiheit für sämtliche Staatsbeamte und Offiziere, Befreiung der Schule und Lehrer von jedem religiösen Zwange, fakultative Eidesformel für Dissidenten, Erleichterung des Kirchenaustritts, Abschaffung der Standesvorrechte. Keine Forderung sei heute wichtiger als die nach völliger geistlicher Freiheit.

Die neue Partei, die auf nationaler Grundlage steht, soll sich zunächst völlig freie Hand bewahren. Für später ist eine Verschmelzung mit den Liberalen als möglich gedacht. Ob Dr. Horneffer seine Partei schon zur Aufnahme in den Block angemeldet hat, wird nicht berichtet.

**Rußland.**

**Duma-Auflösung in Sicht?** Der Führer der Oktoberisten, Graf Uwarow, erklärte einem Berichterstatter, man habe der Partei einen Wink gegeben, falls die Marineforderungen abgelehnt werden, werde die Duma aufgelöst werden. Trotzdem bekundete Graf Uwarow den festen Entschluß, gegen das Marineprojekt zu stimmen; er glaubt, daß auch seine Parteifreunde in der oppositionellen Stimmung verharren werden. Der Kadettenabgeordnete Nisselowski äußerte, seine Partei werde in dieser Frage mit den Oktoberisten gehen. Der Abgeordnete Purischkewitsch von der äußersten Rechten hat sich bereits in voriger Woche gegen den Flottenbau ausgesprochen; die Mehrzahl der Blätter ist gleichfalls oppositionell.

**Ein roher Gewaltstreich.** In einem Wirtshause in Odessa fand die Polizei eine Bombe, die auf Befehl des neuen Generalgouverneurs in dem Wirtshause selbst zur Explosion gebracht wurde. Das Haus wurde vollständig zerstört.

**Korruption.** An der Staatsbank ist die systematische Veruntreuung von zwei Millionen Mark entdeckt worden.

**Frankreich.**

**Väterchen's ergebene Diener.** Aus Paris wird gemeldet: Die Regierung ist entschlossen, die bisherige Duldung russischer Männer und Frauen, welche mit den revolutionären russischen Komitees Verbindungen haben, aufzugeben. Man erwartet zunächst, daß derartige Personen freiwillig Frankreich verlassen werden. — Damit ist das „radikale“ Ministerium Clemenceau nahezu auf daselbe Niveau heruntergekommen, auf dem Preußen steht. Welch eine Entwicklung!

**Die Marokko-Affäre** bildete gestern den Gegenstand der Beratung in der französischen Kammer. Genesse Saures behandelte in eingehender Begründung seiner Interpellation die Marokko-Affäre und forderte die Kammer auf, Frankreich mutig von dem marokkanischen Abenteuer zu befreien. Vom Ministerpräsidenten, als auch aus der Mitte des Hauses wurde die in dem Marokko-Konflikt eingeschlagene Politik verteidigt. Am Montag findet die Fortsetzung der Beratung statt.

**Schweiz.**

Als agent provocateur entlarvt wurde in Lausanne der Sekretär der russischen Sozialisten in der Schweiz, Tenenbaum, der an die russische Polizei viele Parteigenossen und eine Menge Parteiberichte verraten hat. Er ist insolge dessen aus der russischen sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen worden. Man muß demnach hinter allen im Ausland vorkommenden russischen Schandthaten die russische Polizei vermuten, die alles tut, die Emigranten zu diskreditieren und das Ansehen des Auslandes zu vernichten.

**Italien.**

Eine Schandtat der Behörden in Kalabrien. Der „Avanti“ veröffentlicht die allerhöchsten Anklagen gegen den Präekten von Catanzaro, der, um den Inter-

essen von Günstlingen zu dienen, seine Hand zu unerhörlchen Brutalitäten gelassen hat. Es handelt sich wie üblich um arme Leute, die durch das Erdbeben von 1905 noch ärmer und elender geworden sind. In der kleinen Stadt Materate waren bis Dezember v. Js. einige arme Familien und alleinstehende Kranke und Greise in den Baracken wohnen geblieben, da sie keine andere Unterkunft gefunden hatten. Nun gehörte aber der Grund und Boden, auf dem die Baracken standen, einem Herrn, der über hohe Empfehlungen verfügte, weil er der Onkel des Bürgermeisters von Materate war. Da sich eine günstige Gelegenheit bot, den Boden zu verkaufen, auf dem die Baracken standen, wendete sich der Besitzer an den Präekten von Catanzaro und erhielt natürlich das Gewünschte; nämlich einen Ermittlungsbefehl für die 17 in den Baracken hausenden Familien. Dieser Befehl wurde am 9. Dezember zugestellt und am 14. erschien ein Regierungsbeamter in Begleitung vieler Carabinieri und Arbeiter, um die Demolierung der Baracken vorzunehmen. Die Zerstörungsgänge wird als unglaublich roh und brutal geschildert. Bei Regen und großer Kälte wurde den armen Leuten buchstäblich das Dach über dem Kopfe eingerissen. Nicht weniger als 17 Familien mit 36 Kindern, im ganzen 59 Personen, wurden so mitten im Winter obdachlos gemacht. Unter ihnen befanden sich schwangere Frauen, ein Greis, ein Blinder, kurz, jede Form der Hilfsbedürftigkeit und Not. Aber das konnte natürlich nicht ins Gewicht fallen, wo es sich darum handelte, dem Onkel eines Bürgermeisters gefällig zu sein. Das Ganze ist unerhört, empörend, aber es ist noch nicht alles. Das Empörendste ist, daß diese Ermittlungen auf Befehl der Behörden in denselben Häusern untergebracht wurden, aus denen sie sich in die Baracken geflüchtet hatten, in denen von dem Erdbeben zerstörten Gebäuden, die zu bewohnen von den Baubehörden für lebensgefährlich erklärt worden war! In diese hat man die armen Leute fast gewaltsam zurückgetrieben. Wahrscheinlich werden sie für diese Wohnungen, bis sie ihnen über dem Kopf zusammenbrechen, auch Miete zahlen müssen, so daß durch die Ermittlung nicht nur dem Onkel des Bürgermeisters, sondern auch den Hausbesitzern gedient ist. Was will man mehr? Daß 59 Personen in Ruinen untergebracht sind, die sie jede Stunde begraben können, ist gegenüber solchen Vorteilen keine große Sache.

**Aus Lübeck und Nachbargebieten.**

Sonabend, den 25. Januar.

Zug von Mantren und Zimmerern nach Söhren in Travemünde ist streng fernzuhalten, da die Sperre über diese Firma verhängt ist.

Zug nach der Grevesmühlener Matzfabrik ist strengstens fernzuhalten.

Bech hat das Amtsblatt gewöhnlich, wenn es im amtliche Aufträge zu rechtfertigen sucht, die nicht einmündig sind. Das konnte man seiner Zeit beim Klagenprozeß beobachten, wo es die Klagenabgabe des Polizeiantes als durchaus ordnungsgemäß hinzustellen mußte und damit einen bedeutenden Vacherfolg erzielte, und jetzt wieder, wo es die unzureichenden Angaben der Handelskammer über die Erhöhung der Buchdruckerlöhne durch sonderbare Rechenkünste zu verteidigen hat. Im Handelskammerbericht für 1907 heißt es, wie wir auch s. Bt. berichtet haben:

„Die Buchdruckereien Lübecks sind, von einigen Sommermonaten abgesehen, im abgelaufenen Jahre sämtlich gut beschäftigt gewesen. Die Einführung des stark erhöhten Lohns für Buchdruckergehilfen, die für Lübeck eine Lohnerhöhung um 12 bis 15 Prozent bedeutete, vollzog sich unter dem Zwange der Verhältnisse, den der Gehilfenverband auf die Arbeitgeber ausübte, um die Jahreswende. Eine für den 1. Januar 1907 in Aussicht stehende weitere Lohnerhöhung wurde durch Verhandlung auf das Jahr 1909 zurückgeklärt.“

Wir haben gleich nach Bekanntwerden des Berichts festgestellt, daß die Lohnerhöhung nur 10 pCt. beträgt und daß somit die von der Handelskammer behaupteten Tatsachen falsch sind. Jetzt, nachdem mehrere Wochen ins Land gezogen sind, kommt das Amtsblatt mit einer „Richtigstellung“, in der verschwiegen wird, daß die Handelskammer von einer Lohnerhöhung von 12 bis 15 pCt. spricht und in der es heißt:

„Es erscheint im Interesse des Buchdruckgewerbes geboten, zu betonen, daß die Angaben des Handelskammerberichts auf Richtigkeit beruhen, ja die Erhöhung in runder Ziffer noch nicht einmal voll berücksichtigt.“ Das mag in folgendem bewiesen sein. Der Mindestlohn für Setzer und Trucker über 24 Jahre beträgt nach dem deutschen Buchdrucker tarif seit dem 1. Januar 1907 für Lübeck bei 53 1/2 stündiger Arbeitszeit für die Woche 28,12 Mk., er betrug bis 31. Dez. 1906 bei 54 stündiger Arbeitszeit . . . . . 25,30 Mk. also seit 1. Januar 1907 mehr . . . . . 2,82 „ dazu eine halbtägige Verfügung der Arbeitszeit (statt 54 jetzt 53 1/2 Std. . . . . —,27 „ Lohnaufschlag seit 1. Januar 1907 . . . . . 3,09 Mk. oder 12 1/2 pCt. mehr für 24-jährige Gehilfen. Bei Gehilfen unter 24 Jahren ist ein ähnliches Verhältnis vorhanden. Hieraus geht hervor, daß die im Handelskammerbericht gegebene Ziffer durchaus der Wirklichkeit entspricht.“

Wir wollen demgegenüber die Tatsachen reden lassen. Der Lohn betrug bis Ende 1906 für Buchdruckergehilfen unter 24 Jahren 24,20 Mk., von 1907 ab 25,89 = 1,69 Mk. mehr; 1906 für Gehilfen von 21—23 Jahren 24,75 Mk., 1907 für Gehilfen von 21—23 Jahren 27 Mk. = 2,25 Mk. mehr; 1906 für Gehilfen über 23 Jahre 25,30 Mk., 1907 für Gehilfen über 24 Jahre 28,12 Mk. = 2,82 Mk. mehr. Es gehört wohl nicht allzuviel Rechenkunst und Scharfsinn dazu, um zu entdecken, daß die Lohnerhöhung nach diesen Angaben, die dem Buchdrucker tarif entnommen sind, weit geringer ist, als wie das Amtsblatt und die Handelskammer behauptet. Allerdings ist die Arbeitszeit um wöchentlicher eine halbe Stunde verkürzt worden; doch kann man das wohl kaum als eine Lohnaufbesserung bezeichnen. Nicht einmal die vom Amtsblatt angegebene Rechnung, daß für die höchste Staffeln inklusive der als Lohn berechneten halbtägigen Arbeitszeitverkürzung die Lohnerhöhung 12 1/2 Prozent beträgt, ist richtig, denn jedes Kind kann ausrechnen, daß 12 1/2 Prozent von 25,30 Mk. 3,16 Mark und nicht 2,82 oder 3,09 Mk. ausmacht. Wir bedauern, daß die Handelskammer, anstatt ihren Irrtum zu berichtigen, denselben auf eine Art rechtfertigen läßt, die durch die Tatsachen am besten gekennzeichnet wird. Im übrigen wollten wir nur zeigen, wie „scharfsinnig“ das Amtsblatt geleitet wird, und wie es stets bei der Wahrheit bleibt.

**Das Lübecker Wahlrecht als Muster für Preußen** empfiehlt das Amtsblatt in seiner geistigen Abendausgabe. Man kann es ja begreifen, daß jemand eine von ihm mitgeschaffene ungerechte Einrichtung, die ihm und seinen Klassen gegönnt zu haben bestimmt und geeignet ist, auch anderwärts empfiehlt; das preußische Volk in seiner großen Mehrheit würde sich jedoch zweifellos für eine Wahlreform, die den Besitzenden ein siebenmal größeres Recht als den Besitzlosen gewährt, bestens bedanken. In den Ausführungen der „Lüb. Anz.“ heißt es u. a.: „Wir in Lübeck haben bereits ein vernünftiges Wahlrecht. . . Das neue Wahlrecht hat auch keineswegs die Sozialdemokratie mundtot machen wollen. Das zeigt die Zusammensetzung unserer Bürgerchaft, in die erst nach seinem Inkrafttreten die Sozialdemokratie überhaupt eingetreten ist. Und davon, daß man die Masse der Staatsangehörigen verewaltigt hätte (so hatte nämlich die Staats-Zeitung behauptet. Red. d. V.), kann schon daraus nicht die Rede sein, weil wir in Lübeck nur zwei Wahlklassen haben und weil schon ein Einkommen von mehr als 2000 Mk. Wahlberechtigung in der ersten Klasse gewährt. Unser neues Lübecker Wahlrecht mit seinem direkten und geheimen Verfahren dürfte, das haben wir schon ausgeführt, liberaler sein, als das jetzige preußische Dreiklassenwahlrecht mit seiner öffentlichen Stimmgabe und seinem indirekten Verfahren.“ Wahrscheinlich, unser Lübecker Wahlrecht ist vom kapitalistischen Standpunkt „vernünftig“ und „liberal“, denn es enthält ja „nur“ zwei Klassen, eine, die viele Wähler und wenige Mandate umfaßt, für Arme und eine solche mit wenigen Wählern und vielen Mandaten für Reiche. Die Masse der Staatsangehörigen ist teilweise recht vergewaltigt; im Gegenteil, man hat ja gerade der Minderheit die Last des achtfachen Wahlrechts aufgebürdet. Wie kann überhaupt noch jemand behaupten, daß das Lübecker Bürgerchaftswahlrecht ein Hohn auf den Begriff Recht ist, nachdem doch das Amtsblatt damit zufrieden ist.

**Jahresbericht des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands, Zahlstelle Lübeck für das Jahr 1907.** Die Bautätigkeit am Orte und in der Umgegend war im verfloßenen Jahre eine ziemlich gute und im Sommer war zeitweilig mehr Nachfrage wie Angebot von Arbeitskräften. Die Zahl der Mitglieder war im 1. Quartal 329, im 2. 329, im 3. 301 und im 4. Quartal 278; durchschnittlich 309 Mitglieder. Angemeldet haben sich im 1. Quartal 11, im 2. 69, im 3. 46 und im 4. Quartal 4 Mitglieder, zusammen 130 Mitglieder. Neu aufgenommen wurden im 1. Quartal 18, im 2. 16, im 3. 10 und im 4. Quartal 2, zusammen 46 Mitglieder. Abgemeldet haben sich im 1. Quartal 47, im 2. 54, im 3. 81 und im 4. Quartal 28, zusammen 210 Mitglieder; ausgetreten sind 4, gestorben 3, ausgeschieden 4 Mitglieder. Die Klassenverhältnisse stellten sich wie folgt: Einnahme der Hauptkasse an Beiträgen 6203,90 Mk. für den Streikfonds wurden 734 Mk. abgeliefert; in Summa 6937,90 Mk. Einnahme der Lokalkasse: 4574,14 Mk.; Klassenbestand am 1. Januar 1907 2488,68 Mk. Summa 7062,82 Mk. Ausgabe der Lokalkasse: 3499,98 Mk.; Bestand der Lokalkasse am 1. Januar 1907 2488,68 Mk.; Bestand der Lokalkasse am 1. Januar 1908 3562,74 Mk.; es ergibt sich also ein Mehr von 1074,06 Mk. Die Arbeitslosigkeit war im Winter ziemlich groß; arbeitslos waren vom 1. Dezember 1906 bis zum 30. April 1907 durchschnittlich 65 Mitglieder mit einem Verlust von 1116 Arbeitstagen und einen Lohnausfall von 4208,20 Mk.; im 3. Quartal war ein Mitglied 4 Tage arbeitslos, was einen Lohnausfall von 22,80 Mk. ausmachte, im 4. Quartal waren 14 Mitglieder mit zusammen 80 Tagen und einem Lohnausfall von 427,20 Mk. arbeitslos, in Summa Verlust von 1209 Arbeitstagen mit einem Lohnausfall von 4658 Mk. An Arbeitslosenunterstützung wurden in Summa 1430,50 Mk. ausbezahlt. An Reiseunterstützung wurde im ersten Quartal an 69 reisende Mitglieder 71,50 Mk., im 2. an 14 Mitgl. 13,50 Mk., in Summa 85 Mk. ausbezahlt. 80 Prozent der Mitglieder sind Abnommenen der Parteiregeln („Lübecker Volksbote“). Im Berichtsjahre haben 24 regelmäßige und 2 außerordentliche Versammlungen stattgefunden; in zwei Versammlungen wurden Vorträge gehalten. Der Zahlstellenvorstand hat zehn Sitzungen abgehalten, die Tarifkommission 12 Sitzungen, davon 6 gemeinschaftlich. Weiter fanden in Schluß, da die dortigen Zimmerer unserer Zahlstelle angehören, 3 Versammlungen statt; in zwei derselben wurden Vorträge gehalten. Am 20. Dezember 1906 wurde über die Bauten auf dem Hochhofenwerk bei Lübeck, welche von einem Unternehmer aus Rattowitz (Oberischlesien) ausgeführt wurden, die Sperre verhängt, weil derselbe sich weigerte, die Lübecker Lohn- und Arbeitsbedingungen anzuerkennen; beteiligt am Streik waren 18 Verbandmitglieder, davon 14 aus Rattowitz, darunter 2 Verheiratete, 3 Rattowitzer wurden arbeitswillig. An Streikunterstützung wurden von der Hauptkasse 482,95 Mk. für 205 Tage ausbezahlt, dazu aus der Lokalkasse 74 Mk. 10 Pf. in Summa 557,05 Mk. Getreift wurde zusammen 263 Tage; das macht einen Lohnausfall von 1104,40 Mk. Am 12. Januar 1907 kam eine Einigung zwischen dem Unternehmer und dem Vorstand unserer Zahlstelle zustande, da der Unternehmer sich bereit erklärte, die Lübecker Lohn- und Arbeitsbedingungen anzuerkennen. Die Sperre wurde sofort aufgehoben. Die Bautätigkeit im Jahre 1908 wird voraussichtlich eine ziemlich gute werden. Da unser Tarif am 31. März dieses Jahres abläuft, wird es sich ja zeigen, ob die Unternehmer bereit sind, mit uns einen neuen Tarif zu beiderseitigen Zufriedenheit abzuschließen. Nach den Verhandlungen des Arbeitgeber-Verbandes in Berlin scheint es allerdings nicht der Fall zu sein, daß auf einer Seite der Wille besteht, sich in Güte mit uns zu einigen.

**Handelsregister.** Am 24. Januar 1908 ist eingetragen: 1. bei der Firma Zaeckel u. Achenbach in Lübeck: jetziger Inhaber: Kaufmann F. H. Zaeckel in Lübeck. Seine Prokura ist erloschen. Dem Kaufmann J. H. Zaeckel in Lübeck ist Prokura erteilt; 2. die Firma A. L. W. in G. Leonhard in Lübeck. Inhaber: Kaufmann A. F. A. Leonhard in Lübeck. Angegebener Geschäftszweig: Maschinenverwertung; 3. die offene Handelsgesellschaft in Firma Lübeck & G. in Immobilien-Bureau Wactow u. Stühmer in Lübeck. Persönlich haftende Gesellschafter sind: die Wäcker C. G. F. Wactow und G. W. H. Stühmer, beide in Lübeck. Die Gesellschaft ist eine offene Handelsgesellschaft und hat am 31. Dezember 1907 begonnen; 4. bei der Aktiengesellschaft in Firma Deutsche Lebensversicherungsgesellschaft in Lübeck, Lübeck: Durch die Beschlüsse der Generalversammlung der Aktionäre und des Aufsichtsrats vom 21. November 1907 sind die §§ 4, 8, 14, 15, 19, 20, 21, 22, 23 und 25 des Gesellschaftsvertrages abgeändert. Der Gesellschaftsvertrag ist in der abgeänderten Fassung neu zum Abdruck gelangt.

**Theater- und Musik.** Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Sonntag gibt es wieder eine Fremden-Doppelvorstellung zu einfachen Preisen. Es gelangt die herrliche, melodische Oper „Mignon“ zur Aufführung, hierauf der Schwank „Charleys Tante“. Alle ersten Kräfte sind darin beschäftigt und sowohl Publikum als auch Presse sind voll des Lobes über die ausgezeichnete Darstellung. Bei dem Schwank „Charleys Tante“ in Lachen die Revue. Alles in allem ein interessanter Theaterabend, dessen Besuch wir bestens empfehlen können. — Im Santheater absolviert das Ensemble des Stadttheater-Proprioriums am

Dienstag den 28. Januar ein Gastspiel. Zur Aufführung gelangt das Lustspiel „Der Königsleutnant“ von Gupfrow.

**Sansa-Theater.** Der gegenwärtige weltstädtische Spielplan wird sich bereits am Sonntag, den 26. Januar verabschieden, da die Darsteller der drei Hauptnummern anderweit verpflichtet sind. Es bietet sich also in den beiden Sonntags-Vorstellungen die letzte Gelegenheit, das großartige Programm ansehen zu können. Namentlich auf die Nachmittagsvorstellung sei hingewiesen, bei welcher die Eintrittspreise wesentlich ermäßigt sind. Für die Abend-Vorstellung wird man gut tun, sich bei Sager am Kohlmart rechtzeitig mit Willeis zu versehen.

**Das Panorama, Breitenstraße 53 I,** führt seine Besucher in dieser Woche an die Westküste Süd-Amerikas, in die Republik Peru mit der Hauptstadt Lima. Durch Peru zieht sich nahe der Küste von Norden nach Süden die Andenette, welche dem Lande den Charakter des Großartigen und Wechselvollen verleiht. Nirgends von niedrigem Vorgebirge verdeckt, streben die Anden wie eine Mauer empor und erscheinen daher unübersteiglich schroff; die Gebirgspässe erreichen eine Höhe von nahezu 15 000 Fuß. Das Land ist durchweg sehr fruchtbar, obgleich es oft Jahrzehnte hindurch nicht regnet und die Bewohner (Neger, Indianer, eingeborene Weiße, Europäer und Mischlinge aller Grade) im Durchschnitt nur jedes Jahrzehnt einmal das Naturschauspiel eines Winters genießen können. So hat es beispielsweise von 1748—1823, also 80 Jahre hindurch, in Peru nicht ein einziges Mal geregnet. Von den der Küste am Stillen Ozean vorgelagerten Inseln kommt der bekannete Peru-Guano.

**Samburg.** Schon wieder eine Wahlrechtsänderung? Der „Weser-Zeitung“ wird von hier geschrieben: Es ist bemerkenswert, daß seit ungefähr zehn Jahren in Hamburg nicht zwei halbseitige Erneuerungen der Bürgerchaft hintereinander genau nach dem gleichen Wahlrecht stattgefunden haben. Immer hat man vor der neuen Wahl eine Änderung des Wahlrechts vorgenommen. Das ist sicherlich ein Beweis für eine gewisse Systemlosigkeit und Gelegenheitsgesetzlichkeit. Gegenwärtig haben wir den ganz eigenartigen Zustand, daß in der einen Hälfte des Staates ein anderes Wahlrecht gilt als in der anderen. Während links der Mitter im vorigen Jahre die halbseitige Erneuerung der Bürgerchaft nach dem neuen Klassenwahlrecht mit Proportionalstimmrecht stattgefunden hat, gilt für das rechte Mitterufer und das Landgebiet noch bis 1910 das alte Wahlrecht. Infolgedessen erfolgen die erforderlichen Ersatzwahlen noch nach diesem. Eine solche Wahl wird infolge Ablebens des Abgeordneten Heßlein am 14. Februar stattfinden. Es fehlt aber nicht an Anzeichen dafür, daß auch das neue Wahlrecht bis zu den nächsten Wahlen des Jahres 1910 wieder geändert wird. Einerseits wird von den Liberalen die Forderung der Wiederberechtigung des Klassenwahlrechts aufgestellt werden. Dann aber soll auch der Senat sich mit dem Gedanken tragen, eine neue Wahlrechtsvorlage zu bringen. Vornehmlich lichte der Senat die Wahlrechtsverflechtung damit besonders populär zu machen, daß er den Beamten das seit langer Zeit ertriebene passive Wahlrecht gewährt. Aber die Beamten schlossen sich nicht, wie man angenommen hatte, der Fraktion der Rechten, sondern den Liberalen an. Das hat beim Senat wie bei der Rechten viel böses Blut gemacht, so daß man jetzt den Einfluß der Beamten auf die Wahlen durch Schaffung kleinerer Wahlbezirke und das Verbot der Stimmeneinhäufung schwächen will. Jedenfalls dürfte die Wahlrechtsfrage demnächst hier wieder ganz aufgerollt und die politische Temperatur erheblich gesteigert werden. — Es bleibt abzumarten, ob es sich hier um eine Kombination handelt oder ob die Mitteilung tatsächlich begründet ist. — Übereinen Zusammenstoß der Arbeiter bei der Baugewerbes berichtigt die Presse: „Die Vertreter aller Branchen des selbständigen Baugewerbes in Hamburg, Altona, Wandsbeck beschloßen in einer am 22. Jan. in der „Mitterburg“ angehaltenen Versammlung einstimmig, in allen Fragen der Lohn- und Arbeitsbedingungen künftighin gemeinsam Stellung zu nehmen und diese Materie nicht mehr, wie bisher, den einzelnen Gewerbebranchen zu überlassen. Im besonderen soll eine gemeinsame Stellungnahme gegenüber den im Steinmetz-, Gipser- und Baubildhauergewerbe seitens der Arbeiterverbände geltenden Tarifkündigung und der damit aufgestellten Forderung des achtstündigen Arbeitstages stattfinden. Falls die Arbeiterverbände auf ihren Forderungen bestehen, soll zu einer energischen und geschlossenen Abwehr geschritten werden.“ Nur nicht so hitzig!

**Altona.** In der Generalversammlung des Liberalen Vereins zu Altona wurde beschloßen, sich dem Liberalen Verein im Schlesw.-holstein. Wahlkreis anzuschließen. Ferner wurde folgende, vom Rechtsanwalt Waldstein vorgeschlagene Resolution angenommen: „Die Generalversammlung des Liberalen Vereins für Altona, Otensen und Umgebung beschließt: Die Erklärung des preußischen Ministerpräsidenten über den freilichigen Wahlrechtsantrag bedeutet eine Zurücksetzung der gerechten Ansprüche des nach Zahl, wirtschaftlicher und kultureller Bedeutung weit überwiegender Teiles des preußischen Volkes gegen die unerträgliche Bevorrrechtung einer kleinen Minderheit. Sie läßt durch die Verantwortung der Öffentlichkeit des Wahlrechts das preußische Volk in einer Gewissensfrage im Stich. Sie ist wegen ihres gänzlichen Mangels an positivem Inhalt ein bedauerlicher Beweis für die geringe Ernsthaftigkeit mit der die Staatsregierung die seit Jahrzehnten erhobenen Beschwerden des preußischen Volkes in Ansehung des bestehenden Wahlrechts behandelt hat. Die moralische Verantwortlichkeit für alle aus dieser Mißachtung einer Volksstimmung und gerechter Volksansprüche sich ergebenden Folgen fällt auf die preußische Staatsregierung. Die Versammlung erwartet von allen Liberalen einen energischen Kampf für die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen: Wer dieses Wahlrecht für Preußen bekämpft, ist im Herzen auch im Reich sein Gegner.“

**Kiel.** Das Urteil im Prozeß der Witwe des ermordeten Zahnarztes Clausen gegen den Eisenbahnfiskus wurde Donnerstag morgen verurteilt. Das hiesige Oberlandesgericht hat die Klage abgewiesen und sich so dem Urteil der ersten Instanz, der Zivilkammer des Altonaer Landgerichts angeschlossen. Frau Clausen stütze ihre Entschädigungsansprüche bekanntlich darauf, daß ihr Gatte, der Ernährer der Familie, im Vorortzuge Altona-Blankenese von dem jugendlichen Raubmörder Rucker durch Wellstiche ermordet und daß dieser Mord nur durch die abgeschlossenen Abteile begünstigt wurde. Daraus leitete sie ein Verstoßen der Eisenbahn ab. Beide Gerichtsinstanzen, das Landgericht in Altona und das Oberlandesgericht in Kiel haben sich jedoch auf den Standpunkt gestellt, daß hier höhere Gewalt vorlag, für die der Fiskus nicht verantwortlich und haftbar zu machen sei.

**Oldenburg.** Zu drei Monaten Gefängnis verurteilt am 22. d. Mts. die Strafkammer in Oldenburg den Genossen Richard Wagner vom Norddeutschen Volksblatt in Bant. Wagner sollte den Bürgermeisterei Koch in Delmenhorst in einer während des Bauarbeiterstreiks in Delmenhorst gehaltenen Rede durch zwei Ausdrücke beleidigt haben. Wagner bestritt, die Ausdrücke getan zu haben. Die als Zeugen erschienenen Überwachungsbeamten sagten jedoch wie am Schnitzstein alle daselbst. Nur der Oberwachmeister hatte etwas anderes gehört. Es ist bezeichnend für die angeblich liberale Regierung in Oldenburg, daß der Bürgermeister trotz des vollen Vereins- und Versammlungsfreiheit garantierenden Staatsgrundgesetzes die betreffende Versammlung von zwei Gendarmen, einem Schutzmann und drei stenographierenden Magistratschreibern hat überwachen lassen. Das Gericht erkannte nur eine formale Beleidigung und verurteilte Wagner zu sechs Wochen Gefängnis. Weiter stand zur Auflage eine Artikelserie im „Norddeutschen Volksblatt“, die sich mit den Zuständen in Delmenhorst beschäftigte. Obwohl die Artikelserie sich auf unabweisbar wahres Tatsachenmaterial stützte und sich in sachlicher und ruhiger Weise gegen das russische Regiment des Bürgermeisters wandte, wurde demselben Wagner zu zwei Monaten zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Die Gesamtschuld wurde auf drei Monate zusammengezogen. Vor einigen Wochen feierte auf dem freilichigen Parteitage in Oldenburg der Reichstagsabgeordnete Ithorn die liberale Handhabung der liberalen Gesetzgebung Oldenburgs. Das Urteil gegen Wagner zeigt, was von dem Liberalismus der oldenburgischen Behörden zu halten ist.

**Theater und Musik.** **Stadttheater-Propriorium.** Das Gastspiel der Signorina Revotti an unserer Bühne erreichte leider bereits sein Ende. Die große Künstlerin verabschiedete sich in der Partie der Violetta in Verdis Oper „Traviata“. Das Libretto zu „Traviata“ ist in der Hauptache identisch mit dem zumalischen Schauspiel „Die Cameliendame“, in dem Leonore Duse und Sarah Bernhardt — letztere auch vor einigen Jahren in Lübeck — Trümpfe feierten. Frä. Revotti steht als Violetta zweifellos unerreicht da; sie vereint mit eminentem Darstellungsvermögen höchste Gelangskunst, durch welche die von ihr gegebenen Partien geadet und dem Herzen der Hörer nahegebracht werden. Süchste Lust und tiefsten Schmerz finden so überzeugenden Ausdruck, daß auch derjenige, der der italienischen Sprache nicht mächtig ist, davon erarissen und gefesselt wird. Die Schwermühsamkeit der Revotti kennt keine Hindernisse; die schwierigsten Koloraturen gelangen mit selbstverständlicher Leichtigkeit, die Triller und Kauer gleiden einer Perlenschnur von betäubender Schönheit. Das Publikum war von der Leistung der Künstlerin begeistert und brachte ihr Ovationen dar, wie sie in Lübeck ängstlich selten vorkommen. Die ganze Vorstellung verdiente überhaupt viel Lob. Herr Martlang und Violetta den Alfred in vornehmer Weise. Mit seinen prächtigen Stimmitteln verhalf Herr Engel dem alten Garmont zu einem guten Erfolg. Die Regie des Herrn Küster hatte für geschmackvolle Bühnenbilder und Herr Kapellmeister Moris für eine tüchtige Einstudierung und Gesamtauführung gesorgt. P. L.

**Letzte Nachrichten.** **Berlin, 24. Jan.** Das gestern gegen den Grafen Lynar gefällte Kriegesgerichtsurteil wird rechtskräftig werden, denn Rechtsanwält v. Glatenapp hat nach Rücksprache mit seinem Klienten auf jedes weitere Rechtsmittel verzichtet. **Zahlhausen a. N., 24. Janr.** Auf der Zeebe Eiberg wurden zwei Vergleute durch herabfallendes Gestein erschlagen und auf der Zeebe Intract-Tiefbau verunglückten zwei Vergleute tödlich. **Leuner, 24. Janr.** Der Stadtschreiber Sedemann ist wegen Unterschlagungen im Amte verhaftet worden. Nach den vorläufigen Ermittlungen beträgt die unterschlagene Summe 6000 Mk. **Oberhausen, 24. Janr.** Auf der Zeebe Roland in Dempter waren gestern nachmittag mehrere Vergleute beschäftigt, in den Schacht hinabzusteigen, als sich die Leiter löste. 5 Vergleute stürzten in die Tiefe. Einer war sofort tot. Von den übrigen vier Schwerverletzten starb einer auf dem Wege zum Krankenhaus. **Soet van Holland.** Als sich abends der Nebel teilte, gingen die Boote in See, um die Nachforschung nach dem Verbleib der noch fehlenden Schiffbrüchigen wieder aufzunehmen. Heute früh 8 Uhr setzte wieder dichter Nebel ein. Die 28 Schiffbrüchigen des Dampfers „Msterdam“ sind schon eine Stunde nach dem Zusammenstoß von dem norwegischen Dampfer „Souwan“ aufgenommen und heute gelandet worden. Es herrscht großer Jubel.

**Sprechsaal.** (Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.) **Ein eigenartiger Vorfal** hat sich dieser Tage in der Wirtfabrik des Herrn Scheere am Reintich abgespielt. Dort erteilte der Meister Schröder einem Packer einen Auftrag, den dieser nach seiner Meinung nicht befolgen konnte. Als der Packer dieses zum Ausdruck brachte, schlug der Meister dem jungen Mann ins Gesicht. Da der letztere weitere Schläge befürchtete, wehrte er sich. Herr Scheere, der hierauf zukam, ordnete nun an, daß der Packer nach oben gehen solle, was seine Entlassung bedeutete. Oben ist dann der junge Mann vor dem Brustraum von Herrn Scheere mit der Faust in den Nacken und von Meister Schröder an den Kopf geschlagen worden. Ein solches Verhalten muß entschieden verurteilt werden. Hatte sich der Packer in irgend einer Weise vergangen, dann war die Entlassung Strafe genug; er durfte dann weder von dem einen noch von dem andern Herrn geschlagen werden. Öffentlich tragen diese Beilen dazu bei, daß so etwas im Scheerischen Betriebe nicht wieder vorkommt. 3. **Sternichanz-Richmarft** 24. Januar. Der Schweinehandel verlief gut. Zufgeführt wurden 2650 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Bergschweine schwere 55—56 Mk., leichte 54—55 1/2 Mk., Sauen 47—52 Mk. und Kerfel 49—53 Mk. pro 100 Stück. Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. geschriebenen Artikel Karl E. Vogt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellina. Verleger: L. H. Schwanke. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

# Inventur-Ausverkauf.

Ca. 100 Dutzd. Normal-Unterzeuge  
zum Teil für die Hälfte des sonstigen Wertes.

Ca. 500 Dutzd. Strumpfwaren

Ein Posten Damen-Strümpfe	Wolle platt, sonst 75 Pfg.	Paar jetzt 58 Pfg.	Ein Posten Herren-Socken	Ia. Landwolle sonst 58 Pfg.	Paar jetzt 38 Pfg.							
Ein Posten Damen-Strümpfe	Reine Wolle sonst 98 Pfg.	Paar jetzt 78 Pfg.	Ein Posten Herren-Socken	Reine Wolle sonst 95 Pfg.	Paar jetzt 78 Pfg.							
Ein Posten Damen-Strümpfe	Reine Wolle sonst 1.50 Mk.	Paar jetzt 1 05 Mk.	Ein Posten Herren-Socken	Reine Wolle sonst 1.35 Mk.	Paar jetzt 95 Pfg.							
Ein Posten Kinder-Strümpfe			Grösse 1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
			sonst 65 $\frac{1}{2}$	75 $\frac{1}{2}$	88 $\frac{1}{2}$	1.10 M.	1.20 M.	1.30 M.	1.40 M.	1.50 M.	1.70 M.	1.80 M.
			jetzt 50 $\frac{1}{2}$	58 $\frac{1}{2}$	68 $\frac{1}{2}$	80 $\frac{1}{2}$	88 $\frac{1}{2}$	98 $\frac{1}{2}$	1 05 $\frac{1}{2}$	1 25 $\frac{1}{2}$	1 35 $\frac{1}{2}$	1 45 $\frac{1}{2}$
schwarz, reine Wolle . . . . . Paar												

Im Lichthof auf den Extratischen ausgelegt  
**Die Restbestände** der aus dem Lager aussortierten  
**Damen- u. Kinder-Schürzen** weiß, schwarz und farbig  
teilweise bis zur Hälfte herabgesetzt.

# Rudolph Karstadt, Lübeck.

...ausgewählte nur aus besten Zutaten.  
Sommerfang- und Klobmheringe, von A  
Klobmheringe besser Qualität, feinste delikate  
Maries- u Sommerfangheringe, u. Gimbere-  
u. Klobmheringe Fabrik des überal beliebten und  
alter bewährter Bunge'scher Methode  
hergestellten Effig und Effigbrötchen, von  
Weiss, Gimbere, Klobmheringe, Gewürz-  
und Postlerbrötchen, Honig-Effig (amerikanisch  
sorgfältig Einmach-Effig).

**J. Käse, besser Qualität in groß. Auswahl**  
Generalvertrieb des beliebten Zeichen-  
seifenpulvers Marke „Kaminfeiger“, welches in  
jedem Paket ein Geschenk im Werte von 5  
bis 75 Pfa. enthält und in den meisten Ge-  
schäften erhältlich ist.

**H. I. Wiegels born. J. C. Bunge**  
Effigfabrik gegr. 1825.  
Fischergrube 61. Fernsprecher 217.

Am 22. d. M. übernahm ich die  
**Gast- und Schankwirtschaft des Herrn Franz Busch,**  
Fischergrube 79  
und ersuche, das meinem Vorgänger bewiesene Wohlwollen auch auf mich  
zu übertragen, indem es mein Bestreben sein wird, meine werten Gäste  
durch streng reelle und gute Bedienung zufrieden zu stellen, zeichne  
Hochachtungsvoll  
**F. Sager, Fischergrube 79.**

**Carl Folkers**  
**Möbel-Magazin**  
25 Marlesgrube 25.  
Vollständige Wohnungseinrichtungen.  
Selbstgefertigte Arbeiten.  
Größte Auswahl.  
Billigste Preise.  
Weitgehendste Garantie.  
Zimmer-Einrichtungen stets vorrätig.  
Lieferung frei Haus  
auf eigenem Möbelwagen.  
Teilzahlung gestattet.  
Bei Barzahlung Rabatt.  
Geben rote Lubeca-Marken.

**Vorsichtig**



wollen Sie sein beim Einkauf von Zeichen-Seifenpulver „Goldperle“ mit den hübschen Beilagen in jedem Paket. Achten Sie genau auf den Namen „Goldperle“ und die Schutzmarke Kaminfeiger.  
Fabrikant: Carl Gentner, Göppingen.

**Ein Tor**

Ist Jeder, der sich nicht mit der echten Siecken-  
bier-Lieferung-Zeich-  
von Veromann & Co., Nadeben,  
Schutzmarke: „Sieckenbier“, wächtig.  
Dieselbe erzeugt ein zartes reines Gesicht,  
rothes jugendliches Aussehen, weiße  
tanneneigene Haut und blendend schönen  
Teint.

a St. 50 Pf. bei: Ferd. Kayser  
Herm. Blaser, C. Dunggert,  
Heinr. Reichendorff, Carl Schmidt,  
Kud Karstadt, Wilh. Bandholz,  
Bluhme Jepsen, Aug. Prösch,  
H. Wittmack,  
sowie in der Iwan-Apotheke

**Willy Koch,**  
Zahn-Techniker,  
Lubeck, Holstenstr. 21.

**Zahn-Atelier**  
**Karl Seeler**  
Breitestr. 85/87 I (Ecke Huxstr.)

**Goldene u. silb. Uhren**  
gut und billig.  
**L. S. Baruch** Pfandleihgeschäft  
Fischergrube 25.

**Adolf Hübner** Uhrmacher u. Gold-  
arbeiter, Huxstr. 13

Es ist Tatsache, daß ich die meisten Ver-  
lobungs-Ringe an meine Arbeiter-  
G. Greutzfeldt, Goldschmied, Sandstr. 4.

  
**Matjes-, Sommerfang- u.**  
**Berger Klobmheringe**  
empfiehlt  
**H. H. Holtermann,**  
Lübeck, Marktwiese 4.  
Täglich: Bruchheringe.

# INVENTUR-AUSVERKAUF.

Die bei der Inventur zurückgelegten Waren werden zu Spottpreisen verkauft, teils für die Hälfte des Wertes.

Tassen, Porzellan jetzt 9, 10 Pfg.	Nachtgeschirr statt 65 jetzt 40 Pfg.	Wasserflaschen jetzt 22 Pfg.	Kolossbesen jetzt 42 Pfg.
Becher, Porzellan jetzt 7, 10, 12 Pfg.	Untertassen, Porzellan, groß 4 Pfg.	Glaschalen 9, 10, 14, 22 Pfg.	Straßenbesen jetzt 38 Pfg.
Kartoffelkühnen m. Deckel 58 Pfg.	Milchtöpfe 5, 8, 10, 12, 18 Pfg.	Glasteller, recht groß 6 Pfg.	Scheuerbürsten 10 Pfg.
Gemüschnebel 8, 12, 18, 23, 38 Pfg.	Kannen mit Blumen 9, 10 Pfg.	Zunderdojen 10, 12, 15 Pfg.	Lopfschrubber jetzt 5 Pfg.

Kaffee-Fernice, steifig, jetzt 2.50 Mk. — Wasser-Eimer 75 und 95 Pfg. — Reuters Werke Band 22 Pfg.

**Breitestr. 33. RIESEN-BAZAR. Breitestr. 33.**  
Pietro Cagna.  
Trotz unserer enorm billigen Preise rote Lubeca-Marken.

## Die deutsche Ausweisungsschande.

Ein Beleidigungsprozeß gegen den Redakteur des „Vorwärts“, Genossen Weber, verhandelt am 21. Januar vor einer Berliner Strafkammer, liefert zu diesem Kapitel einen trefflichen Beleg.

In Nr. 225 des „Vorwärts“ vom 26. September war mitgeteilt, daß der Russe Josef Zabrzewski von der Polizei in Königshütte „entgegen richterlichen Beschlusses an Rußland ausgeliefert“ sei, von wo er wegen politischer Vergehen verfolgt wurde. Diese durch eine Privatdepesche übermittelte Nachricht wurde des näheren kritisiert. In Nr. 227 fand dann eine Zuschrift des Oberbürgermeisters von Königshütte Aufnahme, in der mitgeteilt war, daß eine Auslieferung des Zabrzewski „bisher nicht verfügt“ ist. Hieran war vom „Vorwärts“ u. a. die Bemerkung geknüpft, daß sein sonst sehr zuverlässiger Gewährsmann in diesem Falle irreführt worden sei. Das Bedauern, eine falsche Nachricht gebracht zu haben, würde von der Freude über die Tatsache, daß Zabrzewski nicht ausgeliefert ist, überwogen werden, wenn nicht aus der Berichtigung selbst sich ergebe, daß die Polizeiverwaltung es nicht für ausgeschlossen hält, daß eine Auslieferung noch erfolge. In der Nummer vom 4. Oktober endlich war mitgeteilt, daß Zabrzewski den russischen Schergen nicht ausgeliefert ist, daß aber die Ausweisung Zabrzewskis erfolgt sei. Wegen des ersten dieser Artikel stellte der Oberbürgermeister Stolle von Königshütte Strafantrag wegen Beleidigung.

Der Vorsitzende des Gerichts, Landgerichtsdirektor Lehmann, meinte, die Redaktion des „Vorwärts“ hätte wissen müssen, daß das Gericht nichts mit Auslieferungen zu tun habe, sondern daß Ausweisungsbefehle nur vom Regierungs- resp. Polizeipräsidenten gegeben werden. Weber legte, fortbauend von dem Vorsitzenden mitten im Satz unterbrochen, dar, daß ihm allerdings bei Eintreffen der Depesche nicht bekannt gewesen ist, daß das Gericht Auslieferungen nicht zu beschließen habe, sondern daß dies allein Sache des Regierungspräsidenten sei. Der Zweck der Notiz im „Vorwärts“ sei gewesen, die Schmach der Möglichkeit einer Auslieferung wegen politischer Vergehen zu geißeln. Staatsanwalt: Weshalb war es notwendig, die Worte Schmach und Schande zu bringen? Weber: Ich halte es freilich für eine Schmach und Schande, wenn jemand wegen politischer Vergehen ausgeliefert wird und speziell an das Russische Reich, wo ihm Sibirien und andere Annehmlichkeiten, auch wenn er unschuldig ist, in Aussicht stehen.

Der Oberbürgermeister Dr. Stolle aus Rattowik bekundete als Zeuge: Zabrzewski war des Nordes an einem russischen Obersten beschuldigt. Er hatte wohl in der Ungetrunkenheit sich selbst dessen gerühmt. Aus dieser Beschuldigung ergab sich nichts. Es ergab sich aber, daß er mehrere Monate unangemeldet am Grenzbezirk gelebt hatte, und deshalb wurde gegen ihn prozessiert. Die Polizeiverwaltung wurde beauftragt, sobald die Sache erledigt sei, ihn in Haft zu nehmen. Am 23. September wurde dann das Urteil, das auf 6 Mk. Geldstrafe, die durch die Haft als verbüßt erachtet wurde, gefällt. Der Verteidiger Rechtsanwalt Czajla kam zu mir und bat, dafür zu sorgen, daß 3. nicht ausgeliefert, sondern nur ausgewiesen würde. Ich gab eine ausweichende Antwort, da ich nicht selbst befugt bin, die Entscheidung zu treffen, sondern der Regierungspräsident. Nach einigen Tagen entschied der Regierungspräsident: 3. ist auszuweisen; es ist ihm die Wahl zu lassen, wohin er wolle, nur nicht nach Österreich-Ungarn. Am 30. wurden für ihn

die Kosten nach Lindau hinterlegt und er reiste dahin. Veranlassung zum Strafantrag hat mit eigentlich der zweite Artikel, der nicht unter Anklage steht, gegeben. Ich habe mich aber auch durch den ersten Artikel beleidigt gefühlt.

Es steht also nach diesen Bekundungen allerdings fest, daß 3. nicht an Rußland ausgeliefert, sondern lediglich ausgewiesen wurde. Man beachte aber die nachfolgende Aussage des ebenfalls als Zeuge vernommenen Rechtsanwalts Czajla aus Königshütte, aus der unzweifelhaft hervorgeht, daß Zabrzewski höchst wahrscheinlich ausgeliefert worden wäre, wenn Czajla nicht energisch Einspruch erhoben hätte.

Rechtsanwalt Czajla sagte aus: Mitte August erhielt ich den Auftrag, Zabrzewski zu verteidigen. Mir wurde mitgeteilt, er sei in Untersuchungshaft genommen und befinde sich in Königshütte. Die Beschuldigung, die dem 3. gemacht wurde, erschien mir recht absurd. Er sollte bei einem Ablassfest einen Obersten der russischen Spindel mit der Browningspistole ermordet haben, und zwar an einem Ort unmittelbar an der Grenze! Daß die Sache völlig haltlos war, war mir sofort klar, als ich 3. zu sehen bekam. Mit dem Untersuchungsrichter und Amtsanwalt sprach ich, machte sie darauf aufmerksam, daß jedenfalls das deutsche Gericht nicht zuständig sei, da ja ein Ausländer im Auslande das Verbrechen begangen haben sollte. Es bleibe da nur die unterlassene Meldung, und ich bat um Beschleunigung. Mein Hauptbestreben war, die bestehende Gefahr, auf die ich aufmerksam gemacht worden war, zu beseitigen, daß 3. ausgeliefert würde. Dem Minister des Innern teilte ich den Sachverhalt mit und ersuchte auch, ihn nicht nach der russischen Grenze auszuweisen. Es lag ja die Befürchtung vor, daß dem Mann, auch wenn er völlig unschuldig war, dort Unannehmlichkeiten gemacht würden. In der Ubertretungssache fanden zunächst zwei Verhandlungen statt, zu denen ich nicht geladen war, wiewohl meine Legitimation bei den Akten war. Zu dem 23. September war ich geladen. Der Termin endete mit der Verurteilung des Angeklagten zu 6 Mk., die durch die erlittene fünfzehntägliche Untersuchungshaft für verbüßt erachtet wurden. In der Verhandlung machte ich den Versuch, zu verhindern, daß 3. ausgeliefert würde. Das Gericht erklärte, das gehe das Gericht nichts an, das sei Sache der Verwaltungsbehörde. Ich sprach dann mit dem Oberbürgermeister mit der Bitte, gegen die Auslieferung zu wirken. Etwa nach einer Woche wurde ich antelephoniert. Es wurde mir dann mitgeteilt, 3. könne hin- und zurückreisen, wohin er wolle. Ich meinte, die österreichische Grenze ist etwa 30 Kilometer entfernt, eine andere Grenze 600 bis 800 Kilometer. Mir wurde entgegen, nach den bestehenden Vorschriften sei gerade die Route nach Österreich untersagt. Ich kaufte dann ein Billett und sorgte dafür, daß 3. nach der Schweiz kam. Ich befürchtete, es könnte die Auslieferung erfolgen, das glaubte ich aus Bemerkungen des Untersuchungsrichters entnehmen zu müssen, daß nach Erledigung dieser Sache eine Ablieferung an den Polizeirat Mäbler erfolgen würde, den Chef der sogenannten Grenzpolizei. Mir war ferner von einem Kollegen aus Königshütte die vertrauliche Mitteilung gemacht, er sei im Gefängnis gewesen. Da sei ihm gesagt worden, daß russische Beamte im Gefängnis gewesen seien, um sich 3. anzusehen.

Präs.: 3. hat nach dem Protokoll vom 23. September selbst erklärt, er wolle nach Rußland zurückkehren. Zeuge: Das ist mir nicht bekannt. Am 30. September fragte ich ihn, der kein Wort Deutsch verstand, ob

er nach Rußland gehen wolle. Da wurde sein Gesicht ganz blaß; er bekam einen furchtbaren Schreck, unter keinen Umständen wollte er nach Rußland. Den Auftrag zur Verteidigung erhielt ich von dem Parteisekretär Bruns aus Rattowik. Von derselben Seite wurde mir das Reisegehalt für 3. zur Verfügung gestellt. Der Zeuge legt wiederholt dar, daß der Eindruck für ihn gewesen sei: sobald die Sache erledigt sei, würde 3. an Mäbler ausgeliefert, der dann das weitere besorgen solle. Die Auslieferung nach Rußland zu verhindern, sei sein Hauptbestreben gewesen. Zu meiner Befürchtung hatte ich Anlaß. Der Amtsrichter sagte mir, wenn die Sache hier erledigt ist, dann wird der Mann dem Mäbler ausgeliefert. Eine ähnliche Bemerkung machte der Amtsanwalt mir gegenüber.

Auf Antrag des Verteidigers Webers, Rechtsanwalts Dr. Rosenfeld, wird festgestellt, daß der Polizeirat Mäbler unterm 5. September berichtete: „Der Kreischef Menzin hat durch seinen Polizeimeister, der persönlich hier vor sprach, um seine Ausweisung gebeten.“ Am 4. September berichtete Mäbler: „Gestern war der Polizeiwachmeister da. Für den Fall der Haftentlassung wird um polizeiliche Zuführung gebeten.“ Der Verteidiger nimmt ferner auf eine Verfügung des Staatsanwalts in Königshütte Bezug, in der dieser an Polizeirat Mäbler die Nachricht gibt, der Auslieferung des 3. stehen keine Bedenken entgegen.

Erster Staatsanwalt Steinbrecht hält eine schwere Beleidigung für vorliegend. Angeklagter Weber sei wiederholt leider nur mit Geldstrafen bestraft. Im vorliegenden Fall könne von einer Geldstrafe keine Rede sein. Er beantragte eine Gefängnisstrafe von 4 Monaten.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld beantragt die Freisprechung. Der Artikel geißelt lebhaft das Auslieferungssystem und die Schmach der Möglichkeit einer Auslieferung. Der Auslieferungsvertrag wird als des preussischen Volkes unwürdig geißelt. In ähnlicher Weise sei im Reichstag noch im Jahre 1904 von den Abgeordneten Bebel und Müller-Meinungen der preussisch-russische Auslieferungsvertrag kritisiert. Dort sei auch vom Reichskanzler Bülow ausgeführt, daß Auslieferungen möglich sind und daß auch Bismarck die Auslieferung von Mendelson und Deutsch angeordnet habe. Das Deutsche Reich hat abgelehnt, einen solchen Auslieferungsvertrag zu bewilligen, für Preußen besteht er. Daß das möglich, wird im Artikel als Schmach erklärt, die nur durch die Junkerherrschaft in Preußen möglich sei. Die Kritik richtet sich gegen das System, nicht gegen den Bürgermeister, der ja nur als ausführendes Organ der höheren Behörden eventuell in Betracht komme. Die Auslieferung ist allerdings tatsächlich nicht erfolgt. Aber nach der heutigen Verhandlung läßt sich nicht bezweifeln, daß allerdings die Auslieferung zu befürchten war. Wahrscheinlich ist sie gehindert auch mit durch diesen Artikel. Aus den verlesenen Aktenstücken ergibt sich klar, daß der Staatsanwalt in Königshütte von Auslieferung, nicht von Ausweisung geschrieben hat, die Nachricht nicht dem Regierungspräsidenten, sondern dem Polizeirat Mäbler zugehen ließ. 3. hätte am 23. September entlassen werden müssen. Das ist aber nicht geschehen. Außer dem Inhalt der Akten spricht für die Abwehr der Auslieferung die Aussage des Rechtsanwalts Czajla, seine Verlegungen über die Äußerung des Amtsrichters und Amtsanwalts und die vertrauliche Kunde, die ihm sonst zu Ohren gekommen ist. Aus derselben Aussage ergibt sich die Tatsache, die gar nicht scharf genug geißelt werden kann,

## König Jakobs letzte Tage.

Ein historischer Roman von Theodor Mügge. (7. Fortsetzung.)

Der Kanzler schritt inzwischen vorsichtig weiter. Er trug das Licht hoch in der Hand und leuchtete nach allen Seiten umher. Die Fenster, welche weit oben an der Mauer angebracht waren, glichen Schießscharten; durch sie konnte niemand entkommen. Türen gab es hier nicht; nur im Hintergrunde zeigte sich eine hohe, stattliche Tür, vor welcher Jeffreys stehen blieb und sein Ohr anlegte, um besser zu hören.

Ein leises Gemurmel drang zu ihm hin, das bald stärker, bald schwächer sich rhythmisch hob und senkte.

„Ich glaube, die alte Burns betet den Abendgott,“ sprach er verächtlich. „Das Weib muß darum wissen; sie ist meine Tante, ich habe ihr wohlgetan, und doch ist sie fromm und kann beten!“

In demselben Augenblick begannen die leisen Klänge einer Harfe in scharfen und gebrochenen Tönen. Lange, schwermütige Akkorde zogen geisterhaft durch den öden Raum und verhallten darin. Nach kurzen Pausen kehrten sie wieder wie die Seufzer eines Sterbenden, bis endlich Jeffreys nichts mehr vernahm.

„Wie das schuldlos klingt,“ sagt er höhrend, „voll Schmerz und Sehnsucht, man sollte meinen, es sei wahr. Ja, bei aller Falschheit! wenn ich es nicht besser wüßte, ich könnte glauben, ein Teufel habe sein Spiel mit mir getrieben.“ — „Gib mir denn, und wahrhaftig, mein Jüngferchen, laß mich sehen, ob Du den elenden Tyrannen auch jetzt noch betrügen kannst.“ — Er verzog sein Gesicht so freundlich und süßlächelnd, wie er immer tat, wenn er einen Verbrecher verderben wollte, klopfte leise an die Tür und öffnete behutsam. Dann trat er geräuschlos in das matt erhellte Zimmer.

Das große Gemach war mit allem Luxus der damaligen Zeit ausgestattet. Hohe Stühle mit schwerem Seidendamast bedeckt, Tische von eingelegerter Arbeit, Teppiche aus den Niederlanden und Kristalle aus Frankreich bildeten ein reiches und mannigfaltiges Mobiliar. — Auf den schweren Armleuchtern von venetianischer Arbeit brannten dreifache Wachskerzen, dennoch aber blieb Dämmerung genug in dem hohen

Raum, und einige Augenblicke stand der Kanzler still und sah prüfend umher. — Ein Fenster war geöffnet und ließ die laue Luft der Sommernacht herein, aber der süße Duft aus den Ranken der Viole, welche bis hier herauf geklettert waren, um leise an die buntgemalten Scheiben zu klopfen, konnte nur durch ziemlich enge eiserne Gitterstäbe dringen, die der Baumeister in die dicke Mauer eingelassen.

Die Fenster dieser Gemächer, welche der Kanzler seinem Mädel zur Wohnung angewiesen hatte, waren überall mit solchen starken Stäben versehen, und der einzige erlaubte Ausgang führte auf die große Freitreppe des Hauses, die bei Tag und Nacht von Torment unter Aufsicht gehalten wurde und obenein mit doppelten Türen verschlossen ward, sobald die Dämmerung eintrat. — Der Nebenausgang, welcher in den Kreuzsaal führte, blieb immer verschlossen und wurde allein von Jeffreys benutzt, um unbemerkt und schnell zu Lätitia gelangen zu können.

Als der Lord-Oberrichter den unglücklichen, alten Grey im Namen des Geleges, als verwickelt in Herzog Monmouths Verschwörung, hatte hinstellen lassen, machte er seine Pläne, die einzige Tochter und Erbin desselben in seine Gewalt zu bekommen. Er wurde ohne Mühe als ihr Vormund eingesetzt und brachte das vierzehnjährige Kind zuvörderst bei einem seiner Verwandten unter, den er zu Amt und Ansehen befördert hatte, und der ihm dafür diente, wie es ihm gefiel. Als dieser starb, führte er Lätitia in sein Haus unter den Schutz der alten Frau Burn, seiner Tante, die er aus Wales dazu kommen ließ. — Nun hielt er sie seit einem halben Jahre in klösterlicher Abgeschlossenheit unter strenger und vorsichtiger, unausgesetzter Bewachung, denn er sollte dafür haften, wie er sagte, daß das junge Fräulein den Gefahren der Welt und ihren Verlockungen fremd bleibe. — Dafür verschaffte er ihr Erlass durch seine eigene Nähe und Umgang. Täglich kam er, so oft er konnte, und blieb, so lange er vermochte. Er war der aufmerksamste, der gefälligste und freundlichste Vormund, der sich denken ließ, und wer ihn hier gesehen hätte, immer sanft, immer gemüthlich, belehrend, liebevoll und trauernd, daß es ihm nicht gelingen wollte, Vertrauen und Teilnahme zu erwecken, hätte unmöglich denken können, daß dies derselbe Mann sei, vor dem England zitterte. Lätitia aber wurde von allen

seinen Bemühungen nicht bewegt. Sie rührte seine Geschenke nicht an, sie beantwortete nur, was sie mußte, sie konnte stundenlang ihn hart betrachten oder vor sich nieder sehen, und Jeffreys bemerkte das Zittern sehr wohl, das jedesmal ihren Körper durchflog, wenn er sie berührte.

Diese tiefe Abneigung, die, wie er sich sagte, dem Mörder ihres Vaters galt, regte eine wollüstige Gier in ihm auf, sie vor den Augen der ganzen Welt zu seiner Frau zu machen. Er verdoppelte seine Anstrengungen, leuchtete über sein Schicksal, mischte mit seiner Anbetung schmerzliche Trauer, zur rechten Zeit Anfälle von Zorn und eifersüchtiger Härte, die zur Wahrheit wurden, als er etwas bemerkte, das ihn zur Wut reizte. — In vollkommener Gefangenenschaft konnte er seine Mädel nicht halten, er mußte ihr den Besuch von Verwandten und Freunden, wenn auch noch so selten, gestatten; aber seine Wachsamkeit verdoppelte sich, als er bemerkte, daß der junge William Howe seine Absichten durchkreuzen wollte. Er hatte den Vetter des Grafen Shrewsbury um so mehr, als er wußte, daß die Prinzessin Anna aus dem Grafen bitten sich dafür verwendet hatte, ihm die Vormundschaft abzunehmen, was freilich nicht geglückt war. Der König wußte um Jeffreys' Absichten und hatte nichts dagegen, wenn sein Kanzler durch Heirat zu einer schönen Frau von guter Familie und großem Vermögen kommen konnte. Er würde diese Heirat befehlen haben, wenn Jeffreys ihn darum gebeten hätte, und dies war auch jedenfalls die Absicht des Lords, sobald er nur erst dahin gekommen sein würde, durch Bitten oder Drohungen, Furcht oder Verweigerung Lätitia so mühe zu machen, daß er keine offene Widerlichkeit besorgen durfte. — Er hatte ihr jetzt alle Verbindungen mit der Außenwelt abgeschnitten, und es war ihm auch vorgekommen, als ob seit einiger Zeit der Starrfinn der jungen Dame zu weichen beginne; um so größer war daher sein Zorn, als der Zufall ihm entdeckte, daß er betrogen sei, und innerhalb dieser wohl verwahrten Mauern der Verräter umherkriechte.

Mit seinem freundlichsten Lächeln trat Jeffreys leise näher an den Stuhl der alten Frau Burns, die eifrig in einem dicken Gebetbuche las und erst, als er ganz in ihrer Nähe war, erschrocken nach ihm umblickte. — Aus dem Neben-

daß russische Beamte in preussischen Gefängnissen zugelassen würden, um sich Leute vorführen zu lassen und sie eventuell zu rekonstruieren. Der Vorwurf deutscher Schande und der Dienstbefessenheit deutscher Polizei gegenüber dem russischen Regiment sei auch hierdurch erwiesen. Die Abicht der Auslieferung hat zweifellos bestanden. Nach halbstündiger Beratung wird das Urteil dahin verkündet: Der Angeklagte wird wegen Beleidigung durch die Presse zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Der Artikel enthalte Beleidigungen im Sinne der §§ 185 und 186 des Strafgesetzbuches. Dem „Vorwärts“ solle nicht verwehrt werden, von seinem politischen Standpunkte aus, so scharf er will, seine Gegner zu bekämpfen. Er dürfe das aber nicht in einer beleidigenden Form tun. Gerade weil der „Vorwärts“ so verbreitet ist und auf ihn ein solcher Wert gelegt wird, habe er eine besondere Pflicht, besonders vorsichtig darin zu sein, nur aufzunehmen, was bare Münze ist. Der Angeklagte habe im guten Glauben gehandelt, aber leichtfertig, weil er die Behauptung geglaubt habe, daß eine Auslieferung und zwar entgegen einem richterlichen Beschluß erfolgt sei.

Durch diese Verhandlung ist Schlimmeres enthüllt, als in dem Artikel behauptet war. Das System der Knechtlichkeit Rußland gegenüber ist in einem Umfang bewiesen, wie ihn manche sicherlich nicht für möglich gehalten hätten. Darüber läßt sich kein noch so hartes Urteil hinweg: die Verhandlung hat klar ergeben: Richter, Amtsanwalt, Staatsanwalt, Rechtsanwalt in Königsberg haben die Auslieferung eines völlig ungerechtfertigten an Rußland teils für selbstverständlich, teils für fast nicht abwendbar erachtet. Russische Polizeibeamte sind in ein preussisches Gefängnis hineingekommen, um dort Amtshandlungen vorzunehmen. Wäre der Artikel des „Vorwärts“ nicht erschienen, wer weiß, ob nicht Jabrjanski an Rußland ausgeliefert worden wäre.

## Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 24. Januar 1908.

88. Sitzung, Vormittags 11 Uhr.

Am Bundesrat: Frhr. v. Stengel, von Bethmann-Dollweg, v. Schön.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung der Zusatzakte zur Brüsseler Zuckerkonvention nebst Übereinkommen mit Rußland über seinen Beitritt zur Zuckerkonvention.

Die Zuckerkonvention soll auf 5 Jahre verlängert werden, doch soll England nicht zu Vergeltungsmassregeln gegen die Länder gezwungen werden, die entgegen der Zuckerkonvention Ausfuhrämtern weiter zahlen. Rußland darf seine Zuckerausfuhrzölle beibehalten, aber nicht mehr als 10 Millionen Doppelzentner in den nächsten Jahren exportieren.

Die Abgg. Graf Schwerin-Löwiz (Konf.) und Genossen (Rechte, Nationalliberale und größerer Teil des Zentrums) beantragen Verabfolgung der Zuckerteuer von 14 auf 10 Mk. pro 100 Kilogramm Reingewicht und Deckung des eventuellen Ausfalls durch eine Anleihe.

Schatzsekretär Frhr. v. Stengel (sehr schwer verständlich) bittet um Annahme der Vorlage und polemisiert sehr heftig gegen den Antrag Schwerin-Löwiz. Ein Einnahmehausfall sei in dieser Zeit doppelt bedenklich, aber in einer der nächsten Jahre werde die Regierung sich beschern, den allseitigen Wünschen nach Herabsetzung der Zuckerteuer durch eine entsprechende Vorlage entgegenzukommen.

Graf Schwerin-Löwiz (K.) und v. Olenhagen (W.) empfehlen den Antrag Schwerin-Löwiz.

Dr. Wiemer (Fp.): Unsere endgültige Stellungnahme müssen wir uns in der Kommission vorbehalten. An sich wünschen wir natürlich auch eine Herabsetzung der Zuckerteuer. Jeder Kartellierung der Zuckerproduktion werden wir (mit parteilichem Tonfall) nachdrücklich (fröhliche Heiterkeit bei den Sozialdemokraten) entgegenstehen. (Bravo! bei den Freiliegenden.)

Dr. Baasche (Nf.) verbreitet sich über die allgemeine Lage der Zuckerindustrie unter Berücksichtigung des heimischen wie des Weltmarktes und hält eine Herabsetzung der Zuckerteuer ganz besonders deshalb für empfehlenswert, weil

man ja doch nicht um neue indirekte Steuern herumkommen werde. (Hört, hört! bei den Sozialdemokr.)

Dr. Südekum (Sd.): Herr Wiemer tut so, als ob seine Partei immer für die Verbilligung des Zuckers eingetreten sei. Aber als wir bei der Beratung der Zuckerkonvention eine stärkere Herabsetzung der Zuckerteuer beantragten, stimmten die Freiliegenden dagegen. (Zuruf b. d. Freil.: Die Konvention wäre sonst gescheitert!) Nein, sie wäre zustande gekommen, denn die Agrarier sind zu jedem Opfer bereit, das sie anderen auferlegen. (Gr. Heiterkeit b. d. Sd.) Auch eine Verbilligung des Zuckers würde übrigens, so wünschenswert sie an sich ist, den Zuckerkonsum nicht beträchtlich steigern, da die Zölle auf notwendige Lebensmittel die Konsumfähigkeit der breiten Massen außerordentlich einschränken. (Zustimm. b. d. Sd.) Diefelben Agrarier, die die Konsumkraft des Volkes im allgemeinen so sehr herabdrücken, wollen auf der anderen Seite den Konsum des Zuckers erhöhen. Den sich vorläufig ergebenden Ausfall der Reichsfinanzen wollen aber nicht sie tragen, sondern die Allgemeinheit soll ihn in Gestalt neuer Anleihen tragen. (Sehr wahr! b. d. Sd.) Diesen zweiten Teil des Antrages lehnen wir glattweg ab. Wir lehnen ihn umso mehr ab, als ja die Herabsetzung der Zuckerteuer nach Herrn Baasche zu einer Art Verbilligung neuer indirekter Steuern dienen soll. Wir danken für diese Art Kompensationspolitik. (Lebhafter Beifall b. d. Sd.)

Grabski (Pole) tritt für Herabsetzung der Zuckerteuer ein.

Gothein (Fp.) warnt davor, die an sich wünschenswerte Herabsetzung der Zuckerteuer ohne verständige Deckung zu beschließen.

Reichschatzsekretär Frhr. v. Stengel bittet dringend, die Konvention nicht an der Steuerfrage scheitern zu lassen.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Vogt-Hall (Wp.), v. Derken (Rp.) und Dr. Neumann-Hofer (Fp.) wird die Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Mittwoch 2 Uhr. (Stottergesch und Marinetat.)

Schluß 3 1/2 Uhr.

## Soziales und Parteilieben.

Die Situation im Baugewerbe verschärft. Eine von zirka 1000 Mitgliedern des Bauarbeiterverbandes besuchte Versammlung in Dresden lehnte den von den Bauunternehmern der Gehilfenchaft offerierten Tarifentwurf als unannehmbar einmütig ab; sie wollten es lieber auf einen Kampf ankommen lassen, als sich den wesentlich verschlechterten Bedingungen eines solchen Tarifes zu unterwerfen. Der Tarif läuft am 1. April d. J. ab. Es haben auch Verhandlungen mit den Unternehmern über den Abschluß eines neuen Tarifes stattgefunden. Aber die Bedingungen der Unternehmer waren einfach unannehmbar. Alle von der Gehilfenkommission beantragten Abänderungen und Verbesserungen wurden glatt abgelehnt. Die Unternehmer wollen offenbar den Konflikt. Sie lehnten rundweg eine Lohnerhöhung ab, wollen im Gegenteil die Löhne verschlechtern, indem sie den Vorfuss verlangen, daß der vereinbarte bisherige Lohn nur „tüchtigen Arbeitern“ bezahlt wird. Die Arbeiter wären also völlig der Willkür der Unternehmer preisgegeben. Ferner soll jegliche Agitation auf den Bauten verboten sein. Man weiß ja, was dahinter steckt. Geradezu skandalös ist aber folgende Bestimmung: „Der Tarif gilt vom 1. April 1908 bis 31. März 1910, kann aber auch früher vom Arbeitgeber und aufgehoben werden.“ Damit ist natürlich die Gehilfenchaft in die Hände der Unternehmer gegeben. Eine solche Bestimmung schließt jeder Vereinbarung, jeder Tarifgemeinschaft direkt ins Gesicht. Trotz dieser unerhörten Provokation sind die Verhandlungen von der Lohnkommission der Gehilfen noch nicht abgebrochen worden. Man nimmt an, daß die Unternehmer noch zur Vernunft kommen. Allerdings unter den von den Unternehmern proponierten, einfach für jeden organisierten Arbeiter unannehmbaren Bedingungen wird kein Vertrag abgeschlossen. Sollten die Unternehmer darauf beharren, dann kommt es zum Kampf. Die Arbeiter sind gut organisiert. Die wenigen gewohnheitsmäßigen Arbeitswilligen können doch nur auf wenigen Stellen den Kaiserrißer machen. Die Unternehmer werden sich also wohl noch überlegen, che sie in frivoler Weise einen Kampf provozieren, bei dem sie nichts gewinnen, aber viel verlieren können.

Zur gewerkschaftlichen Einigungsfrage. Eine Versammlung des Ortsvereins Berlin der Freien Vereinigung der Maurer nahm mit mehr als Zweidrittelmajorität folgenden Antrag an: „Die am 21. Januar 1908 tagende Generalversammlung der Freien Vereinigung der Maurer, Ortsverein Berlin, erklärt sich mit dem auf der 16. Konferenz der Maurer Deutschlands gefaßten Beschlüsse bezüglich der Verschmelzung der Freien Vereinigung der

Maurer Deutschlands mit dem Zentralverband der Maurer einverstanden. In Konsequenz dessen erklärt diese Generalversammlung den Ortsverein Berlin mit dem Tage für aufgelöst, an dem der Vorstand den Geschäftsbericht und Kassenbericht gegeben hat. Die Festsetzung und Bekanntmachung dieser Versammlung ist dem Vorstand überlassen. — Des weiteren ist der Vorstand gehalten, alle bis zum Tage des endgültigen Übertritts notwendigen Geschäfte zu führen, sowie alle mit dem hiesigen Zweigvereinsvorstand bezüglich der Vereinigung zu erledigenden Formalitäten zu regeln. Die Versammelten appellieren ferner an alle nicht anwesenden Mitglieder des Ortsvereins, diesem Beschluß Rechnung zu tragen und in der neuen Organisation einmütig und geschlossen für unsere Ideen zu wirken.“ — Die Auflösung des Lokalvereins Breslau der Freien Vereinigung der Maurer Deutschlands und der Beitritt zum Zentralverband wurde in einer am Sonntagabend stattgefundenen Versammlung im Beisein der beiderseitigen Hauptvorstände beschloffen. Der Übertritt erfolgte zum 1. März. Wenn auch dieser Beschluß nicht einstimmig gefaßt wurde, so steht doch zu erwarten, daß alle Mitglieder des Lokalvereins ihren Übertritt vollziehen, denn die bevorstehenden schweren wirtschaftlichen Kämpfe im Baugewerbe zwingen direkt zur Einigkeit.

Gewerkschaften und Wahlrechtskampf. Das Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands veröffentlicht einen Leitartikel zum Kampf um das Wahlrecht, dem folgende Stellen entnommen seien:

Die Regierungsbotschaft ist ein schneidender Dorn auf die Forderung des arbeitenden Volkes in Preußen nach staatsbürgerlicher Gleichberechtigung. Daß Herr v. Bülow für ihre Verlautbarung einen scharfen Kommandanten wählte, paßt wunderbar zur Situation des Bülowblocks, den die Erklärung jäh aus seinen liberalen Träumen riß. Nirgends zeigt sich drastischer als hier, daß der einzige Hort der Volksrechte allein die Sozialdemokratie ist, die die Forderungen der Arbeiterklasse vertritt. Die Wahlrechtsbewegung des arbeitenden Volkes ist denn auch der entscheidende Faktor, der den herrschenden Mächten in Preußen seinen Willen aufzwingt, der über das Maß wie über das Maß der Wahlrechtsreform entscheidet.

Aus diesen Ausführungen ist zu ersehen, wie außerordentlich die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter an dem Ausgang des preussischen Wahlrechtskampfes interessiert sind. Diesen Kampf zu führen ist Aufgabe der sozialdemokratischen Partei. Jeder nur gewerkschaftlich organisierte Arbeiter hat sich demnach, will er mitwirken für die Vereiningung des Dreiklassenwahlsystems zum preussischen Abgeordnetenhaus, sofort der politischen Organisation der Arbeiterklasse, der Sozialdemokratie anzuschließen.

Ferri tritt von der Redaktion des „Avanti“ zurück. Der „Avanti“ veröffentlicht einen Brief Ferris an den Parteivorstand, worin Ferris erklärt, die Chefredaktion des „Avanti“ niederzulegen, um eine Vortragsreise nach Südamerika zu unternehmen. Ferris bittet den Vorstand, ihm einen Nachfolger zu bestimmen. Dieser Rücktritt aus Unwahrheiten befriedet, da Ferris sein Mandat vom Parteitag erhielt, also eigentlich allein der Parteitag für die Ernennung des Nachfolgers zuständig wäre.

## Aus dem Gerichtssaal.

Ein aufreizendes Gerichtsurteil. Aus Halle a. S. berichtet man uns unterm 23. Januar: Der 23jährige Gutssinspektor Hugo Wichmann geriet eines Tages auf dem Gutshofe des Amtsrats v. Zimmermann mit dem seit langer Zeit dort beschäftigten 57jährigen Arbeiter Kanzler wegen Verrechnung einer Überstunde in Wortwechsel. Als Kanzler sagte, wenn er die Stunde nicht bezahlt erhalte, arbeite er nicht mehr nach Feierabend, geriet der rohe Inspektor dezent in Wut, daß er den Mann, der dem Alter nach kein Vater sein konnte, mit seinem Gehloek derartig verprügelte, daß der Verletzte sechs Wochen arbeitsunfähig war. Kanzler meinte vor der Strafkammer, wo der Inspektor wegen der Mißhandlung angeklagt war, der brutale Mann müßte ihm die Rippen entzwei geschlagen haben. Ein Arzt stellte noch zwei Wochen nach der Tat am Rücken des Mißhandelten eine sieben Zentimeter lange und vier Zentimeter breite mit Wut unterlaufene Stelle fest. Und für diese Nothet wurde der Gutssinspektor mit — 25 Mk. Geldstrafe belegt! — Wer sich die skandalöse Verhandlung dieses Arbeiters durch den rohen Inspektor vergegenwärtigt und das milde Urteil liest, wird nicht nur die Landflucht der Arbeiter verstehen lernen, sondern ihm wird auch offenbar werden, daß einer Justiz, die schwere Nothetvergehen der Weisenden nicht gerechter zu bestrafen weiß, von den Arbeitern kein Vertrauen entgegengebracht werden kann.

immer erholt die Partie wieder, und Jeffreys, nachdem er seiner Tante Schweigen zugewinkt und den Leuchte niedergelegt hatte, deutete auf die angelehnte Tür und flüsterte ihr halb vorwurfsvoll zu: „Ihr laßt sie ja allein, liebe Tante? Warum ist sie nicht hier und erfreut Euch mit ihrer Musik?“

„Wir haben uns den ganzen Tag über, wie immer, Gesellschaft geleistet“, erwiderte die alte Frau, und endlich ist ihr vor allem Schweigen und mir vor allem Reden das Verlangen nach langweilig geworden.“

„Sie schweigt also noch immer?“ fragte der Lord. „Lieber Gott, ja!“ rief die Tante, „man mag so lustig und verständig mit ihr sprechen, wie man will, sie hört es an, als begriffe sie es nicht.“

„Es ist ein liebes, natürliches Kind, ohne alle Verstellung und Heuchelei“, sagte der Kanzler.

„Ja, was das anbelangt“, versetzte die alte Dame, indem sie ihr ungeschicktes Gesicht mit der ungeheuren Haube aufhob und die beiden einzigen Zähne, die ihr geblieben, lachend ihrem aufmerksamen Neffen zeigte — „natürlicher und aufrichtiger kann man nicht sein, denn sie behandelt mich wie Euch und Euch wie alle.“

„Wie meint Ihr das, Tante?“ sagte Jeffreys. „Nun“, sagte Frau Burns, „sie duldet uns, weil sie muß, und ist ein Muster von Sanftmut und Güte, weil sie nicht anders kann.“

„Ihr meint also, daß sie sich verheißelt?“

„Verheißelt?“ flüsterte die Aufseherin, „ach! mein Gott, das arme Geschöpf, wo sollte die Verheißelung herkommen? — Hier, hier!“ sagte sie, an die Stirn deutend, „da liegt es, da ist es gänzlich leer.“

„Ihr meint“, erwiderte der Kanzler entsetzt, „daß ihr Verstand gelitten habe?“

„Nur das nur, Neffe, hört doch nur ihre Musik an. Einmal das Zöner, die ein vernehmlicher Mensch zusammenklingen läßt? Kein Ged, keine Melodie bringt sie hervor, lauter bange, abgerissene Laute, schillend und wild und dann wieder weich und wehlagend. So kann sie stundenlang sitzen, und ist es denn nicht ganz dasselbe mit ihrem Tun und Reden? — Sie peigert, was sie sagen will, hört zu, ohne zu denken und schweigt, weil sie nicht weiß, was sie antworten soll.“

„Wenn Ihr recht hättet, Tante“, sagte der Lord nach einigem Bedenken, „dann könnte es Sünde genannt werden, ein so unglückliches, schwachsinziges Wesen mit Liebesanträgen zu überhäufen.“

Die alte Dame zuckte stumm die Schultern. — „Schwere Sünde, gewiß!“ sagte sie endlich leise.

„Aber ich glaube es nicht“, fuhr er fort. — „Sie ist schwermütig, nicht schwachsinzig. Seid Ihr nicht heute im Garten mit ihr unheilspaziert?“

„Vor- und Nachmittag, bis zur Dämmerung. Sie sieht die Ehrensäule gern durch die hohen, eisernen Stäbe des Gitters in der Mauer.“

„Und dann?“ fragte der Lord, „dann war sie immer hier im Zimmer bei Euch?“

„Immer hier, stumm und still in dem Lehnstuhl sitzend.“

„Bekannt Euch, Tante Burns“, fuhr Jeffreys fort, „Ihr möchtet gern wissen, wie ihr Geisteszustand ist.“

Er legte seine Hand schmeichelnd auf die Finger seiner Verwandten und suchte zu erschöpfen, ob sie zitterten, während seine runden Augen gutmütig und traurig umherblickten.

„Ich erinnere mich nicht“, sagte die alte Frau. — „Doch ja, eine kurze Zeit ist sie in dem Gange dort“ — sie deutete auf die Tür, durch welche der Kanzler eingetreten war — „auf und nieder gegangen.“

„Wie lange wohl?“ fragte er weiter.

„Blickt ein viertel oder eine halbe Stunde.“

„Der Gang ist dumpfig und heiß. Das ist ein sonderbares Gefühl, was Ihr nicht dulden solltet.“

„Das arme Kind“, erwiderte sie. „Sie weiß nicht, was sie tut.“

„Arme Vittoria!“ rief der Lord leuzend, „ich möchte sie so gern froh und glücklich sehen. — Lieft sie die neuen Bücher nicht, die ich ihr schickte?“

„Selten blickt sie hinein.“

„Und ebensovienig wird sie schreiben?“

„Ich habe es kaum je gesehen.“

„Was treibt sie denn zu ihrer Unterhaltung?“ fragte der Kanzler teilnehmend.

„Sie sitzt“, sagte die Burns, „aber es sind wilde, phantastische Blumen, wie Ihr sie dort im Rahmen sehen

könnt, oder sie geht im Garten umher und schweigt ebenso, wie hier.“

„Dann hat ihr Zustand sich wesentlich verschlimmert“, erwiderte Jeffreys, „denn noch vor wenigen Tagen glaubte ich andere Hoffnungen hegen zu können. Ich will sie selbst sehen und sprechen.“

„Wenn ich Euch bitten darf, Neffe, so hört sie nicht“, fiel die Tante ein und suchte sein Aufsehen zu verhindern. „Ich will sie rufen, wenn es Euch gefällt.“

„Haltet mich nicht auf“, erwiderte er. „Oder habt Ihr einen Grund? Was ist es?“ Spracht!

„Es ist gar nichts“, sagte sie, „als daß ich weiß, sie fürchtet sich, wenn Ihr kommt.“

„So muß ich ihr Mut machen, teuerste Tante, was Ihr in meinem Interesse gewiß immer tut, und wofür ich Euch so dankbar bin. — Ihr glaubt doch nicht, daß ich zu fürchten habe?“ — Er betrachtete die Frau mit durchdringend forschenden Blicken, indem er sanft und gemüthlich ihre Hände drückte.

„Was könntet Ihr zu fürchten haben, lieber Jeffreys?“ sagte sie, bebend unter seinen Augen voll Dohn.

„Nichts, das weiß ich, so lange Ihr dies melancholische Lächeln bewahrt. Ich weiß, wie neu Ihr mir seid, und Ihr wißt, daß ich manches für Euch getan habe. — Ihr zuckt zusammen und erschreckt. Ich bin unart, vergeßt ich, meine es nicht böse. Ich kann Euch schwerlich verzeihen, was Ihr für mich tut, aber seid überzeugt, ich will es Euch so lohnen, daß Ihr es nie vergessen sollt.“

Während dieses ganzen Gesprächs erklangen die tiefen abgerissenen Akkorde aus dem Nebenzimmer, und Jeffreys stand auf und ließ die Hände der alten Frau los, die kalt und zitternd zwischen seinen heißen Fingern lagen. Er war überzeugt, daß sie um den Verzug wußte, und mit frohlockender Genugthuung beobachtete er ihre zunehmende Angst und die sonderbaren Blicke, welche sie bald auf ihn, bald auf die Tür warf. — Rasch und leise schritt er auf diese zu, und ohne Bedenken trat er ein, so unbefangen und glücklich lächelnd wie ein Mann, der seiner hartenden Geliebten entgegensteht; zugleich aber hielt er die rechte Hand am Griff seines Schwertes, seine Linke umspannte den Kolben des verborgenen Pistols.

(Fortsetzung folgt.)



# Central-Hallen.

Jeden Sonntag:

## Großer Tanz

in beiden Sälen.

Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.  
Eintritt: Herren 20 Pfg., Damen 10 Pfg.

## Wakenitz-Bellevue

Heute Sonntag, den 26. Januar 1908:  
**Freies Tanzkränzchen**  
H. Fühbör.

## Gesellschaftshaus Wldersdorf.

Jeden Sonntag:

## Tanzkränzchen.

# Flora.

Morgen Sonntag:

## Tanz-Kränzchen.

Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr.  
Max Siems.

## Weißer Engel.

Jeden Sonntag Tanzkränzchen.

## Louisenlust.

Jeden Sonntag:

## Große Tanz-Musik

Anfang 4 Uhr. Eintritt frei. Ende 12 Uhr.  
Musik vom Harmonika-Klub Harmonia.  
(6 Herren.) W. Glöc.

## WAISEN-HOF.

Packeburger Allee 56.

Jeden Sonntag:

## Gr. Tanzkränzchen.

Eintritt frei.

## Friedrich-Kranz-Halle.

Morgen Sonntag:

## Tanzkränzchen.

Ludwig Stamer.

Am Mittwoch, den 5. Februar 1908:

## Großer Antrittsball.

## Kaffeehaus Moising

Sonntag:

## Familien-Kränzchen.

Tanz frei.

## Klub Fidelitas.

Begründer 1888.

## 45. Stiftungsfest

verbunden mit Kapellenfest und Tombola  
am Sonntag, 2. Februar

in H. Onds Gesellschaftshaus,  
Johannisstraße 25.

Abendöffnung 8 Uhr. Anfang 7 Uhr  
Ende 2 Uhr.

Der Vorstand.

NB. Eintritt frei, gegen Einführungsgeld,  
welch beim Vorstand und beim Mitgliedern  
gratis zu haben sind.

Die nicht verkauften Tombolalose sind  
spätestens am 2. Februar abends im Lokal  
zurückzugeben, andernfalls dieselben als  
Lose betrachtet werden.

## St. Lorenz-Schweinegilde.

# BALL

am Sonntag, 2. Februar 1908,  
im Lokal des Herrn H. Büth, „Garten-Palast“.

Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei.  
Einzeln Damen 20 Pfg., wofür Garderobe.

Anfang 4 Uhr. — Ende morgens.  
Das Komitee.

## Brauerei Fackenburg.

Sonntag, den 26. Jan. 1908:

## Grosses Extra-Konzert.

Orchester: Stadtkapelle aus Mölin.  
Leitung: Kapellmeister W. Bisping.

Während des Konzertes und der Pausen:  
Ausführung eines Salon-Humoristen.

Anfang 4 Uhr. Eintritt 10 Pfg.

# Beerdigungs-Institut „Zur Ruhe“

Huxstrasse 117. — F. Barby. — Fernsprecher 816.

Übernahme ganzer Beerdigungen, auch Feuerbestattung.  
Überführungen von und nach auswärts.

**Grosses Lager** von Särgen, Einwicklungen jeder Art,  
Grabkränzen und Kränzen.

## XV. Allgemeine Geflügel-Ausstellung des Vereins zur Förderung der Geflügelzucht in der „Hansa-Halle“, Hansa-Brauerei, Fackenb. Allee 100/104.

Geöffnet:

am Sonnabend, den 25. Januar 1908, von vormittags 10 Uhr an,  
am Sonntag, den 26. Januar 1908, von vormittags 11 Uhr an,  
am Montag, den 27. Januar 1908, von morgens 9 Uhr bis abends 6 Uhr.

Eintrittsgeld:

am Sonnabend, den 25. Januar 1908 für Erwachsene 50 Pf., für Kinder 10 Pf.  
am Sonntag, den 26. Januar 1908 für Erwachsene 30 Pf., für Kinder 10 Pf.  
am Montag, den 27. Januar 1908 für Erwachsene 30 Pf., für Kinder 10 Pf.

Zu recht zahlreichem Besuch ladet ergebenst ein

Das Ausstellungs-Komitee

# Deutscher Transportarbeiter-Verband

Zahlstelle Lübeck.

Einladung zum

## Winter-Vergnügen

unter gütiger Mitwirkung des Dilettanten-Klubs „Freiheit“ von 1906

am Sonntag, den 26. Januar 1908,

im „Vereinshaus“, Johannisstrasse 50-52.

Zur Aufführung gelangt: Aus Liebe zur Kunst. Lustspiel in 1 Akt.

Kinder-Vergnügen von 5-7 Uhr. Theateraufführung 8 Uhr.

Anfang 5 Uhr.

Ende 2 Uhr.

Preis der Karte im Vorverkauf 50 Pfg., an der Kasse 60 Pfg.

Das Komitee.

## Gesangverein „Harmonia“, Schwartau-Rensefeld.

## Grosser Maskenball

am Sonntag, den 2. Februar 1908,  
im Lokale der Witwe G. Sternberg zu Rensefeld.

Um 11 Uhr: Grosse Ueberraschung.

Karten sind zu haben bei: H. Peters, Schwartau, Anguststraße, W. Staack, Rensefeld,  
R. Schwanz, Rensefeld, G. Jürgens, Kalkenhof, G. Ross, Rariner Weg.

Vereinszeichen sind anzulegen.

Der Vorstand.

## Zentral-Verband aller in der Schmiederei beschäftigten Personen Deutschlands.

(Zahlstelle Lübeck)

Einladung zum

## Wintervergnügen

am Sonntag, den 2. Februar 1908

im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52.

Anfang 5 Uhr.

Ende 2 Uhr.

Eintritt für Herren 50 Pfg., eine Dame frei. Einzeln Damen 20 Pfg., wofür Garderobe.

Das Komitee.

# Tonhalle.

Am Montag:

## Gr. Kinder- u. Familien-Vorstellung.

Die Räuber. . . . Waldbewohner.

. . . . Das Kind des Schiffers . . . .

Anfang 3 Uhr.

Erwachsene 20 Pfg. . . . . Kinder 10 Pfg.

# Flora.

Am Sonntag, den 2. Februar:

## Gr. öffentl. Volks-Maskerade

verbunden mit

## Kapellenfest für Zuschauer.

Um 7 Uhr: Maskenzug.

Herren im Masken-Kostüm zahlen 30 Pfg.

Damen

20

Den Zuschauern ist die Teilnahme am Tanzen gratis, jedoch nur mit einer humoristischen  
Kapelle gestattet. Demaskierung nach Belieben. Vorverkauf in der „Flora“.

Abendöffnung 4 Uhr.

Anfang 5 Uhr.

Ende 4 Uhr.

Max Siems.

# Metropol-Theater

Lübeck, Ecke Breite- u. Huxstraße.

Vornehmstes Theater  
lebender, sprechender und sin-  
gender Photographien,  
Täglich

## Gr. Künstler-Konzert

der Moosbacher Bauern-Kapelle.

Diese Woche neues herrliches Programm.

## Das Kind des Schiffers.

Tragödie.

## Macht des Gesanges.

Hochhumoristisch.

## Flugmotorboot

67 Kilometer in der Stunde.

## Der neugebackene Schauspieler.

Humoristisch.

## Um eine Blume.

Episode aus dem Leben.

## Satan amüsiert sich.

Humoristisch.

Schaufeltes aus

## Auf ins Metropol.

## Die beiden Waisen.

Entscheidendes Schauspiel.

## Und das grosse Wochenprogramm.

## Konzerthaus Harmonie.

110 Hüxstraße 110.

## Damen - Streich - Orchester

## „Neu Wien“

Neues Programm. Neue Gesangs-  
Einlagen.

Alles tipp topp. — Sehen, hören,  
staunen.

Anfang 4 Uhr. Eintritt frei.

## Panorama

Breitestraße 53. 1. Stage.

vom 26. Januar bis 1. Februar:

## Süd-Amerika,

## Peru.

# Hansa-Theater

Abchieds-Vorstellung

## d. gr. Weltstadt-Programms

## Ritter von Renroff

mit seinem andal. Degen „Arrogantes“  
Ballerinapferd und Tänzerin

## ?? Stuart ??

Imitationen berühmter weiblicher  
Variete-Stärke.

## 3 Olympiers

Klassische Kunst in Bronze  
und die übrigen Künstler.

Vorverkauf bei Sager.

Nachmittags 4 Uhr:  
Fremden-Vorstellung (ermäßigte Preise).

Vorverkauf nur an der Theaterkasse.

Vom 27. bis 31. Januar finden keine  
Variete-Vorstellungen statt.

Am 1. Februar: Neues Programm.

# Hansa-Theater.

Dienstag, 28. Januar. 8 Uhr.

## Der Königsleutnant.

Lustspiel in 4 Akten von Guklow.

Billets ab heute nur bei Sager, Koblentz.

# Stadt-Theater.

(Provisorium)

Direktion: L. Plorkowski.

Sonntag, 26. Januar. 6 Uhr.

## Große Fremden-Doppel-Vorstellung

zu einfachen Preisen.

## Mignon.

Oper in 3 Akten von H. Thomas.

Hierauf:

## Stürmischer Lacherfolg!

## Charleys Tante.

Schwank in 3 Akten von Dr. Thomas.

Montag: Keine Vorstellung.

Dienstag, 28. Januar. 7<sup>1/2</sup> Uhr.

In vollständiger Umfassung der Partien.  
Orchester des Vereins der Musikfreunde.

## Margarethe (Faust).